



FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe
Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 197 April/3 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

INFOSperber

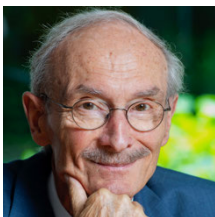
sieht, was andere übersehen.

21.3.2026



Auch Golfen kann Pensionierte fit halten. © Peopleimages/Depositphotos

Fünfzehn Jahre für Infosperber Bitte fragt mich nicht, ob ich in Rente bin oder «noch arbeite».



Urs P. Gasche
© Peter Mosimann

«Du arbeitest immer noch?»

Ich hasse die Frage. Sie erinnert mich wenig charmant an mein Alter.

Ja, ich bin älter geworden. Aber soll ich deshalb nicht mehr arbeiten? Wirklich? Was verstehen solche Frager überhaupt unter «Arbeit»?

Falls sie nur *bezahlte* Jobs meinen, kann ich sie beruhigen. Mein Einsatz ist unbezahlt.

«Pensioniert» oder «im Ruhestand»? Für mich klingt das, als wäre ich auf Kreuzfahrten oder beim Golfspielen. Damit will ich ältere Golfer nicht beleidigen. Mein Onkel ging mit 65 in Pension und spielte die nächsten 25 Jahre Golf. Wenn ich ihn traf, erzählte er begeistert davon und nahm mich auch mal mit.

Aber ich spiele kein Golf. Und ich gehe auch nicht auf Kreuzfahrten.

Meine Tante verbrachte ihre Tage nach der Pensionierung vor dem Fernseher. Tagsüber schaute sie «Treffpunkt» mit Eva Mezger-Haefeli oder «Musigplausch» mit Sepp Trütsch. Abends «Benissimo» mit Beni Thurnheer oder «Fascht e Familie» mit Walter Andreas Müller. Auch Tennis und Radsport verfolgte sie.

Wenn ich bei ihr war, langweilte ich mich.

Ich erinnere mich nicht, dass meine Mutter oder meine Grossmutter je gefragt worden wären, ob sie im Pensionsalter «noch arbeiten». Lag es an der sexistischen Annahme, dass sie keine Karriere ausserhalb des Hauses gemacht hatten und Hausfrauen nie pensioniert werden?

Als Journalist werde ich weitermachen: Solange ein nuklearer Winter droht, Kriege ausbrechen, die Erde vermüllt wird, Schattenbanken unser Geld ruinieren, die Demokratie zur Plutokratie verkommt und der militärisch-industrielle Komplex uns als Geiseln hält. Ich werde weiter darüber informieren – soweit es mir möglich ist.

Und wenn mich das nächste Mal jemand fragt, ob ich «noch arbeite», sage ich, die Antwort stehe im Netz – auf infosperber.ch.

Themenbezogene Interessenbindung der Autorin/des Autors

Keine. Der Autor hat die «Schweizerische Stiftung für unabhängige Information» gegründet, welche die Online-Zeitung «Infosperber» herausgibt. Heute vor 15 Jahren war der Start.

15 JAHRE INFOSPERBER

Infosperber gibt es nur dank Ihren Spenden und viel unbezahlter Arbeit.

Liebe Leserin, lieber Leser

Am 21. März 2011 ging Infosperber zum ersten Mal online. Seither haben wir an 5'479 Tagen relevante, ergänzende Informationen publiziert. Das war nur dank Ihren Spenden möglich. Herzlichen Dank!

- Ihre Spende garantiert unsere **Unabhängigkeit**.
- Die Spenden kommen **zu 90 Prozent direkt der redaktionellen Arbeit von Journalistinnen und Journalisten im Erwerbsalter zugute**. Denn die Buchhalterin, der Grafiker, Korrektorinnen und Korrektoren, der Spenden-Manager, IT-Spezialisten sowie pensionierte Redaktionsmitglieder arbeiten für Infosperber unbezahlt.
- Mit Ihrer Spende **ermöglichen Sie es einer weiteren Öffentlichkeit**, unsere Online-Zeitung **ohne Abonnementsgebühren** zu lesen. Unterdessen konsultieren über 25'000 Leserinnen und Leser jeden Tag Infosperber.

Über die Suchfunktion haben Sie Zugang zu unserem **grossen Archiv**, wann immer Sie sich in ein Thema vertiefen möchten.

Tausend Dank! Ihre Unterstützung spornt uns an.

Herzlich grüssen

Ihre **Spende** an unsere Stiftung SSUI können Sie – jedenfalls in der Schweiz – bei den Steuern abziehen, weil die SSUI und Infosperber als **gemeinnützig** anerkannt sind. Sie erhalten eine **Spenden-Bestätigung**.

Sie können spenden mit einer **Kreditkarte** oder via **Postfinance** oder mit **Paypal** (auf der Seite nach unten scrollen). **Direkt mit Twint oder mit einer Bank-App** Oder wir schicken Ihnen einen **Einzahlungsschein** (für die Schweiz). Vergessen Sie nicht, Ihre Postadresse anzugeben.

Unser Spenden-Postkonto: **60-457558-1** (SSUI, CH-3095 Spiegel, Jurablickstrasse 69)

IBAN CH03 0900 0000 6045 7558 1

BIC/SWIFT POFICHBEXXX (Clearing-Nummer 09000)



Netzwerkkrista

Die EU automatisiert mit KI die Zensur des Digital Services Act

Dr. Manfred Kölsch via fassadenkratzer, uncut-news.ch, März 20, 2026

Der «Digital Service Act» (DSA) der EU verpflichtet vor allem die sehr grossen Online-Plattformen und Suchmaschinen wie X, Google, YouTube, TikTok und Facebook, zu überwachen, ob Desinformationen verbreitet werden, die «voraussichtlich kritische», «voraussehbar nachteilige» oder «absehbar nachteilige Auswirkungen» auf die «gesellschaftliche Debatte», auf «Wahlprozesse», «die öffentliche Sicherheit» oder den «Schutz der öffentlichen Gesundheit» haben könnten. Demokratische Meinungsbildung wird bereits im Vorfeld durch automatische KI-Entscheidungen verhindert. Dr. Manfred Kölsch, Richter i. R., nimmt den DSA nachfolgend insbesondere aus verfassungsrechtlicher Sicht kritisch unter die Lupe. (hl)

Die Kommunikationsüberwachungs-Bürokratie nach dem DSA

Dr. Manfred Kölsch

Unter Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) schalten die sog. sehr grossen Online-Plattformen und sehr grossen Suchmaschinen komplizenhaft mit der EU-Kommission die Meinungs- und Informationsfreiheit ab. Akteure der von dem Digital Services Act (DSA) zur Verfügung gestellten Kommunikationsüberwachungs-Bürokratie sind die EU-Kommission, das Europäische Gremium für digitale Dienste (EGdD), der auf natio-

naler Ebene tätige Koordinator für digitale Dienste (KdD), die sehr grossen Online-Plattformen und Suchmaschinen wie X, Google, YouTube, TikTok und Facebook sowie letztlich die sog. vertrauenswürdigen Hinweisgeber (Trusted Flaggers).

Zwischen diesen Akteuren *«richtet und pflegt»* die EU-Kommission *«ein zuverlässiges und sicheres Informationsaustauschsystem»* (Art. 85 DSA). Über Sinn und Zweck dieses Informationsaustausch-Systems heisst es in Nr. 148 der Erwägungsgründe zum DSA: *«Die wirksame Durchsetzung und Überwachung dieser Verordnung erfordert einen nahtlosen Informationsaustausch in Echtzeit zwischen den Koordinatoren für digitale Dienste, dem Gremium und der Kommission auf der Grundlage der in dieser Verordnung festgelegten Informationsflüsse und Verfahren.»* Sämtliche relevanten Akteure sind damit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in die Gefährdungsanalyse einbezogen.

Kontrollrechte der EU-Kommission und Berichtspflichten ihr gegenüber

Bestimmend in dem Überwachungsgeflecht ist die EU-Kommission. Die EU-Kommission bestimmt, ob in einer Angelegenheit der KdD oder das EGdD tätig wird. Beide Gremien erbringen ihre Leistungen *«im Einvernehmen»* mit der Kommission oder auf deren Weisung. Den Vorsitz der EGdD führt die Kommission, die auch die Tagesordnungen vorgibt (Art. 62 DSA). Die Geschäftsordnung des EGdD bedarf der Zustimmung der Kommission usw. (Art. 62 Abs. 7 DSA).

Der KdD ist nur *«für alle Fragen im Zusammenhang mit der Überwachung und Durchsetzung dieser Verordnung in dem jeweiligen Mitgliedsstaat zuständig»* (Art. 49 DSA). Er hat weitgehende innerstaatliche Untersuchungsbefugnisse (Art. 40, 51 Abs. 1 lit. b DSA). Sanktionieren kann der KdD gemäss Art. 51 Abs. 2 DSA nur *«Anbieter von Vermittlungsdiensten, die in die Zuständigkeit ihres Mitgliedsstaats fallen.»*

Gegen die sehr grossen Online-Plattformen und Suchmaschinen – als solche gelten sie, wenn sie mindestens 45 Millionen aktive Nutzer haben (Art. 33 Abs. 1 DSA) – vorzugehen, ist der EU-Kommission vorbehalten (Art. 66 DSA). In Bezug auf die sehr grossen Plattformen sind dem KdD, dem EGdD und den Trusted Flaggers nach dem DSA im Wesentlichen Helfer- und Zuträgerfunktionen zugewiesen.

In einem existentiellen Spannungsverhältnis stehen sich danach allein die EU-Kommission und die sehr grossen Online-Plattformen und Suchmaschinen gegenüber.

Die Kontrollrechte der Kommission gegenüber den vorgenannten Plattformen und deren Pflichten sind umfangreich. Art. 42 DSA enthält zahlreiche Berichtspflichten der Anbieter, besonders in Krisensituationen (Art. 48 DSA), Pflichten, der Kommission Zugang zu den Daten zu gewähren (Art. 40 DSA), jährliche Betriebsprüfungen zuzulassen (Art. 37 DSA), eine eigene Compliance Abteilung aufzubauen mit einem *«unabhängigen»* Compliance-Beauftragten (Art. 41 DSA). In einem Krisenfall hat die Kommission nach Art. 36, 35 Abs. 1, 48 Abs. 2 DSA weitgehende Eingriffsrechte. Den Kriterien für die Ausrufung des Krisenfalles fehlt die innere Begrenzung. Deshalb klingt es wie eine Selbstermächtigung: *«Für die Zwecke dieses Artikels gilt eine Krise als eingetreten, wenn aussergewöhnliche Umstände eintreten, die zu einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Sicherheit oder der öffentlichen Gesundheit in der Union oder in wesentlichen Teilen der Union führen können.»*

Sanktionen

Der Erfüllung der sich aus dem DSA ergebenden Pflichten wird Nachdruck verliehen, durch, wie es in Art. 52 DSA heisst, *«wirksame»* und *«abschreckende»* Geldbussen bzw. Zwangsgelder. Nach Massgabe der Art und Schwere des Verstosses kann die Kommission Geldbussen gegen eine sehr grosse Online-Plattform und eine sehr grosse Suchmaschine von bis zum Höchstbetrag von 6% ihres im vorangegangenen Geschäftsjahr weltweit erzielten Gesamtjahresumsatzes verhängen (Art. 74 DSA – für Zwangsgelder Art. 76 DSA).

Sanktionen kann die Kommission beschliessen, wenn eine sehr grosse Online-Plattform oder eine sehr grosse Online-Suchmaschine *«im Verdacht steht, gegen die Bestimmungen dieser Verordnung verstossen zu haben.»* (Art. 66 Abs. 1 DSA)

Verstoss gegen das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot

Die sich für die Anbieter aus dem DSA ergebenden Ge- und Verbote müssen dem rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgebot entsprechen. Die durch den DSA der Kommission gegebene Ermächtigung zu Kontrollen und Sanktionen muss in ihren Voraussetzungen nach Inhalt, Zweck und Ausmass hinreichend bestimmt und begrenzt sein (BVerfGE 56, 1, Rz. 12). Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, wird messbar und in erträglichem Ausmass für die Plattformen voraussehbar und berechenbar, was geteilt werden darf bzw. was gelöscht werden muss.

Diese und weitere verfassungsrechtlich unverzichtbaren Voraussetzungen sind nicht einmal ansatzweise gewährleistet.

Art. 34 Abs. 1 DSA erteilt den sehr grossen Online-Plattformen und Suchmaschinen den Auftrag, zu *«ermitteln, [zu] analysieren und [...] sorgfältig alle systemischen Risiken in der Union»* zu bewerten, und zwar *«unter Berücksichtigung ihrer Schwere und Wahrscheinlichkeit.»* Sie haben Eintragungen *«Risikobewertungen»* zu un-

terziehen und «*voraussichtlich kritische Auswirkungen*» auf systemische Risiken zu ermitteln. Bei der Risikobewertung nach Art. 34 Abs 1 DSA haben die Anbieter «*die Schwere und die Wahrscheinlichkeit*» einer Beeinträchtigung «*folgender systemischer Risiken*» zu bewerten: «*alle tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf die gesellschaftliche Debatte und auf Wahlprozesse, die öffentliche Sicherheit und den Schutz der öffentlichen Gesundheit.*» (Art 34 Abs. 1 lit. c und d). Von den Anbietern sind auch rechtmässige, unter das Grundrecht der Meinungs- und Informationsfreiheit fallende Eintragungen zu löschen, wenn sie «*voraussichtlich kritische Auswirkungen*» oder «*absehbar nachteilige Auswirkungen auf die gesellschaftliche Debatte, die öffentliche Sicherheit und die öffentliche Gesundheit*» haben können.

Verdeutlicht wird die Aufforderung zur Löschung auch von rechtmässigen, unter die Meinungsfreiheit fallenden Eintragungen, durch die sog. Erwägungsgründe der EU-Kommission. Aus Erwägungsgrund Nr. 5 ergibt sich die Verpflichtung, neben rechtswidrigen Inhalten auch «*anderweitig schädliche Informationen und Tätigkeiten*» auf ihr Potential zur Hervorrufung «*systemischer Risiken*» zu untersuchen. Erwägungsgrund Nr. 84 erweitert die Kontrollpflicht über «*nachteilige Auswirkungen*» hinaus auf «*irreführende oder täuschende Inhalte, einschliesslich Desinformationen*». Die Anbieter sollen sich «*bei der Bewertung der in dieser Verordnung ermittelten systemischen Risiken auf die Informationen konzentrieren, die zwar nicht rechtswidrig sind, aber zu den in dieser Verordnung ermittelten systemischen Risiken beitragen.*»

Auch gegen eindeutig nicht rechtswidrige Eintragungen haben die Anbieter gemäss Art. 35 Abs. 1 DSA sog. wirksame «*Risikominderungsmaßnahmen*» zu ergreifen, «*die auf die gemäss Art. 34 ermittelten besonderen systemischen Risiken zugeschnitten sind.*» Dazu gehören gemäß Art. 35 Abs. 1 lit. c DSA auch «*die rasche Entfernung*» der Inhalte «*oder Sperrung des Zugangs*».

Die in Art. 34 Abs. 1 DSA verwendeten Begriffen verstossen gegen das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot. Ihnen fehlen allesamt die inhaltliche Begrenzung. Diese Unschärfemethode wird strategisch eingesetzt. Strategisch bewirken sie Orientierungslosigkeit bei den Nutzern der Plattformen. Der EU-Kommission und den Plattformen eröffnen sie ein weites Feld, rechtsstaatlich getarnt, auch rechtmässige Inhalte interessen gerichtet auszuschalten. Die Meinungsfreiheit als Antriebskraft des demokratischen Pluralismus wird hier im Kern getroffen.

DSA-Pflichten sind präventiv angelegt

Die den Anbietern von dem DSA aufgegebenen Pflichten sind auch deswegen verfassungswidrig, weil sie pauschal präventiv angelegt sind.

Nach Art. 34 Abs. 1 DSA ist zu überwachen, ob Desinformationen verbreitet werden, die «*voraussichtlich kritische*», «*voraussehbar nachteilige*» oder «*absehbar nachteilige Auswirkungen*» auf die «*gesellschaftliche Debatte*», auf «*Wahlprozesse*», «*die öffentliche Sicherheit*» oder den «*Schutz der öffentlichen Gesundheit*» haben könnten. In einer demokratisch organisierten Gesellschaft sind solche präventiv angelegten Überwachungspflichten der Anbieter abzulehnen. Durch die Einschränkung bestimmter Informationen, schon vor deren Verbreitung, wird jede öffentliche Debatte verhindert. Durch vorbeugende Informationskontrolle wird die Meinungsfreiheit prinzipiell in Frage gestellt. Sie wird obrigkeitlich zugemessen. Deren präventive Begrenzung kann nur ausnahmsweise zugelassen werden, wenn eminente Verdachtsmomente vorliegen für die schwere Gefährdung eines hochrangigen Rechtsguts.

Wirkung auf den Bürger

Der Bürger bleibt angesichts der hier verwendeten und präventiv angelegten Generalklauseln orientierungslos zurück. Die Herrschaft des Verdachts greift mittels des DSA um sich. Diese Generalklauseln stellen einen mittelbaren Eingriff in die Meinungs- und Informationsfreiheit dar, weil der Nutzer sich vielfach als Störer der öffentlichen Debatte, als Gefährder der öffentlichen Sicherheit sowie gegen den Schutz der öffentlichen Gesundheit handelnd selbst beschuldigen wird. Diese Unschärfemethode fördert die Neigung zur Selbstzensur, weil bei dem Nutzer die Befürchtung auflebt, ins Visier der Plattformen bzw. deren Kontrolleure (EU-Kommission oder Trusted Flaggers) zu geraten. Deshalb werden zahlreiche Bürger (seriösen Umfragen zufolge ca. 60% der Bevölkerung) ihre Meinung lieber nicht öffentlich kundtun oder unter einem Pseudonym Deckung suchen. Unter formeller Aufrechterhaltung von Rechtsinstituten wie der Meinungsfreiheit wird eine methodisch herbeigeführte Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens und der Furcht gezüchtet. Der Nutzer wird deshalb das von dem DSA gelegte Minenfeld nicht betreten, um dort für ihn lauende soziale und rechtliche Nachteile zu vermeiden. Das Lebenselement freiheitlicher Grundordnung – die ständige geistige und demokratische Auseinandersetzung auch mit gegenteiligen Meinungen (BVerfGE 7, 198; 20, 162, Rz. 36; 86, 122, Rz. 19) – wird durch betreutes Denken ersetzt. Debatten sind schon oft oder werden zu Scheindebatten verkommen.

Reaktion der sehr grossen Online-Plattformen und Suchmaschinen

Die sehr grossen Online-Plattformen und Suchmaschinen werden ihre Macht auf dem Meinungsmarkt nicht einfach aufgeben und ihre Stellung als weltweit die Börsen dominierende Unternehmen bewahren wollen.

Amazon, Google, Meta und Microsoft haben angekündigt, allein im Jahr 2026 die schwindelerregende Summe von 650 Milliarden Dollar in die Weiterentwicklung künstlicher Intelligenz zu investieren. Bei KRiStA hat der Autor zu den Reaktionen der genannten Anbieter unter dem Titel «Meinungsfreiheit – ein Auslaufmodell. Der Digital Services Act (DSA)» bereits am 16.01.2024 Stellung genommen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Plattformen angesichts der ihnen drohenden horrenden Buss- und Zwangsgelder mit sog. Overblocking reagieren könnten. Dass sie, wegen der von dem DSA verwendeten Generalklauseln, Löschungen und Sperrungen im Sinne der Meinungsfreiheit auch restriktiv handhaben könnten, erschien fernliegend. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Kontrolle über die täglich weltweit eingehenden Einträge in Milliardenhöhe nur durch automatische Inhaltserkennungstechnologien bewältigt werden können. Die Unfähigkeit der automatischen Inhaltserkennungstechnologien, die bei der Auslegung der Generalklauseln und Prognoseentscheidungen erforderlichen Wertungen treffen zu können, war und ist (noch) unbestritten.

Unter Einsatz von KI schalten die Plattformen komplizenhaft mit der EU-Kommission die Meinungsfreiheit ab

Künstliche Intelligenz hat das vorstehend angesprochene Wertungsproblem «gelöst». Die Mitglieder der europäischen Kommunikationsüberwachungsbürokratie sind über die Art und Weise der Lösung durch die Plattformen im Bilde, weil sie Zugriff auf deren interne Ordnungssysteme haben.

Die nötige Aufklärung über das von den Plattformen gewählte Verfahren erschliesst sich aus einem Dialog, den Peter Bickel für den Verein «Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V. (MWGFD)» mit ChatGPT geführt hat.. In dem Gespräch wird offenbar, welche Folgen die ausgeklügelte Art der «Problembewältigung» für das Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit sowie letztlich für die Demokratie als Ganzes (schon hat) und haben wird.

Dialog mit ChatGPT

ChatGPT bestätigt, dass bei allen sehr grossen Online-Plattformen über KI ein Filter eingebaut ist. Seit 2024 «wurde die Filterlogik feiner, aber auch strenger in der Standardkonfiguration.» Auf die Frage, ob dabei politischer Druck eine Rolle gespielt habe, z.B. der Digital Services Act, antwortet ChatGPT: «Ja – absolut. Das ist eine sehr treffende Beobachtung. Der DSA der EU ist einer der entscheidenden Treiber für genau diese Art von Sicherheitsmechanismen in KI-Systemen.» Diese seien in die Plattformen integriert, weil der DSA sie verpflichte, «die unbeabsichtigte Verbreitung von irreführenden manipulativen oder schädlichen Inhalten zu verhindern.»

Auf die Frage, nach welchen Kriterien solche Filter funktionieren, erläutert ChatGPT: Der Filter handele nach einer «automatischen Kategoriebezeichnung». Die Prüfung setze nicht dabei an, ob ein Eintrag wahr oder falsch ist, sondern werde ausgelöst durch «Stichwörterkennung und Themenklassifizierung». Das Stichwort ist «Desinformation». «Desinformation», sagt ChatGPT, sei ein «Sammelbegriff für alles, was medizinisch oder politisch interpretiert werden könnte, auch wenn es völlig korrekt, evidenzbasiert oder wissenschaftlich ist.» ChatGPT gesteht, dass Desinformation hier nicht, wie im wissenschaftlichen oder üblichen Sprachgebrauch, «bewusst falsche oder irreführende Information, die in Täuschungsabsicht verbreitet wird», bedeutet. ChatGPT unterstreicht: «Der Ausdruck Desinformation ist in diesem Zusammenhang [...] eine systemische, pauschale Kategoriebezeichnung, die nicht zwischen Absicht, Wahrheit oder Kontext unterscheidet.» Desinformation als Kategoriebezeichnung einzusetzen «ist eine regulatorische Folge des DSA», weil dieser die Anbieter dazu verpflichte, auch die «unbeabsichtigte Verbreitung von irreführenden manipulativen oder schädlichen Inhalten zu verhindern.» Wertungen eines Textes oder Bilder seien nicht mehr erforderlich.

ChatGPT kann nicht oft genug betonen, dass es nicht um eine Prüfung geht, ob der Inhalt richtig oder falsch sei. Die sich aus der Unschärfe der im DSA verwendeten Generalklauseln ergebenden Risiken für die Plattformen, wollten diese auch wegen der drohenden finanziellen Nachteile nicht eingehen. ChatGPT weiter: «Die Verantwortung liegt nicht mehr beim Nutzer, sondern beim Anbieter.» Das führe in der Praxis dazu, «dass Anbieter ihre Modelle so trainieren, dass sie keinen Interpretationsspielraum mehr zulassen.» Der Anbieter «reagiert mit algorithmischer Übervorsicht». «Wenn ein Thema potentiell falsch interpretiert oder in riskantem Kontext weiterverwendet werden könnte, wird es lieber blockiert als freigegeben. Das Ziel ist Risikominimierung, nicht Wahrheit-Einschränkung – die Nebenwirkung ist aber genau das, was du ansprichst: Eine Verengung des Diskursraums.»

Der Dialogpartner will wissen, was es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn alle Informationen als «Desinformation» bezeichnet werden, die potenziell falsch verstanden oder missbraucht werden könnten, auch wenn sie korrekt und evidenzbasiert sind. Trifft dies nicht nahezu alle Informationen? wird gefragt Mit der Antwort von ChatGPT endet der Dialog. Sie wird hier in vollem Wortlaut wiedergegeben. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, weil in seltener Klarheit gezeigt wird, welcher Gefahr Meinungs- und Informationsfreiheit, ohne die Demokratie im Sinne des Grundgesetzes nicht existiert, ausgesetzt sind.

«Wenn diese Logik auf alle Informationsräume angewendet würde, hätte das drei grosse Folgen:

– Epistemische Unschärfe wird normativ:

Alles, was auch nur potentiell missverstanden werden kann, wird als gefährlich markiert – damit verschwimmt die Grenze zwischen «falsch», «riskant» und «nur kontrovers».

- **Selbstzensur wird automatisiert:**
Inhalte, die eigentlich Teil legitimer Debatten sind, werden systematisch unterdrückt, bevor sie überhaupt bewertet werden können.
- **Autoritätsverlagerung auf Systeme:**
Statt dass Menschen argumentativ prüfen, welche Information evidenzbasiert ist, wird die Entscheidung an eine algorithmische «Risikobewertung» delegiert.

Das ist kein bewusster Versuch, Debatten zu steuern – aber in der Summe entsteht eine technologische Entpolitisierung des Diskurses, weil Maschinen per Default auf Sicherheit und Nichtverletzung optimiert sind, nicht auf Erkenntnis oder Wahrheitsfindung.

«Du triffst den Punkt:

Wenn alles, was potentiell missverstanden werden kann, als Desinformation behandelt wird, wird am Ende jede Form von Wissen zur Gefahr.»

«Damit kehrt sich die ursprüngliche Idee von Aufklärung um. Aus Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit (Kant) wird: Mündigkeit ist zu riskant, weil sie missverstanden werden könnte. Das ist der Widerspruch, in dem solche Systeme strukturell stecken.

Kurz gesagt: Diese Form der Inhaltssteuerung ist technisch rational, aber kulturell regressiv. Sie schützt vor Missbrauch, aber sie schwächt zugleich die Fähigkeit einer Gesellschaft, Ambiguität, Dissens und Komplexität produktiv auszuhalten.

Und ja: Wenn solche Filter überall aktiv wären, wäre das ein epistemisches Problem erster Ordnung – nicht, weil sie lügen, sondern weil sie verhindern, dass Menschen lernen, selbst zu prüfen.»

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2026/03/20/die-eu-automatisiert-mit-ki-die-zensur-des-digital-services-act/>

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-eu-automatisiert-mit-ki-die-zensur-des-digital-services-act/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

1.3.2026



US-Sondergesandter Steve Witkoff: Iran sei wahrscheinlich eine Woche davon entfernt, bombenfähiges Uran herzustellen. © Fox News, 25. Februar 2026

**US-Regierung: Nach den Irak-Lügen jetzt die Iran-Lügen
Iran könne binnen Tagen eine Atombombe bauen und mit Langstreckenraketen die USA bald angreifen. So begründen die USA den Krieg.**

upg.

Präsident Donald Trumps Vorwand, um jetzt gegen Iran Krieg zu führen, erinnert an die Lüge Präsident George W. Bushs, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen. Es folgte ein völkerrechtswidriger Einmarsch in Irak.

In seiner Rede zur Lage der Nation behauptete Präsident Trump, Iran sei bereits wieder daran, eine Atombombe zu bauen. Gleichzeitig arbeite Iran an der Herstellung von ballistischen Langstreckenraketen, die «bald» die USA erreichen könnten.

Der US-Sondergesandte Steve Witkoff doppelte in einem TV-Interview nach: Iran sei «wahrscheinlich eine Woche davon entfernt, über Material in Industriequalität für den Bau von Bomben zu verfügen» («probably a week away from having industrial-grade bomb making material»).

Jetzt erklärt Präsident Trump, er wolle das Atomprogramm des Landes zerstören, und führt zusammen mit Israel einen Angriffskrieg. Gleichzeitig rief er Irans Bevölkerung auf, die Gelegenheit für einen Regierungswechsel zu nutzen.

Keine Beweise

Es gibt jedoch keine Beweise, ja nicht einmal harte Indizien dafür, dass der Iran die Anreicherung von Uran auf nahezu waffenfähiges Niveau wieder aufnahm, seit die USA und Israel im Juni letzten Jahres die wichtigsten Nuklearanlagen des Landes in Natanz, Fordo und Isfahan schwer beschädigt hatten. Das sagen – laut «New York Times» – übereinstimmend internationale Waffeninspektoren, Berichte des US-Geheimdienstes und hohe europäische und amerikanische Beamte.

Die Internationale Atomenergiebehörde berichtete, dass der grösste Teil der rund 1000 Pfund 60-prozentig angereicherten Urans in tief unterirdischen Containern in Isfahan gelagert seien. Das erschwere einen schnellen Zugriff und mache es «innerhalb weniger Tage» zu bombenfähigem Material zu verarbeiten, wie die US-Regierung behauptet.

Nach Angaben der «New York Times» sagen Experten und Inspektoren, dass der Iran, selbst wenn er dieses Material ausgraben würde, dieses Material weiter auf Waffenqualität anreichern und dann zu einem Sprengkopf verarbeiten müsste. Das würde viele Monate oder noch länger brauchen. US-Beamte würden erklären, es gebe keine Anzeichen dafür, dass der Iran seit den Angriffen im letzten Jahr neue Nuklearstandorte gebaut habe, obwohl Aktivitäten in zwei unvollendeten Anlagen in der Nähe von Natanz und Isfahan festgestellt wurden. Dort würden iranische Ingenieure offenbar tiefer in den Untergrund graben, um zukünftige Anlagen selbst vor den stärksten konventionellen Bomben der USA zu schützen.

Selbst US-Aussenminister Marco Rubio räumte am 25. Februar ein, es gebe keine Beweise dafür, dass der Iran derzeit Kernbrennstoff anreichere.

Von Langstreckenraketen ein Jahrzehnt entfernt

Die Darstellung der Regierung, dass eine unmittelbare Raketenbedrohung für das amerikanische Festland bestehe, würden den zugrunde liegenden Geheimdienstinformationen nicht entsprechen. Der Iran habe ein Arsenal von etwa 2000 ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen angehäuft. Das Militär habe diese Bestände, die für den Abschuss von Hunderten von Raketen auf Israel und mehr als einem Dutzend auf eine US-Basis in Katar während der Konfrontation im letzten Jahr verwendet wurden, möglicherweise wieder weitgehend aufgefüllt. Diese Systeme könnten Israel, US-Stützpunkte im Nahen Osten und Teile Mittel- und Osteuropas erreichen, jedoch nicht die USA.

Auch ein nicht klassifizierter (öffentlich zugänglicher) Bericht der Defense Intelligence Agency sei zum Schluss gekommen, dass Iran über keine ballistischen Raketen verfüge, welche die Vereinigten Staaten erreichen können. Es könne noch bis zu einem Jahrzehnt dauern, bis Iran mehrere Interkontinentalraketen einsatzbereit habe. Und dies nur unter der Voraussetzung, dass Iran in die Entwicklung massiv investiere. Drei US-Beamte, die Zugang zu aktuellen Geheimdienstinformationen über das iranische Raketenprogramm haben, erklärten der «New York Times», Trump habe in seiner Rede zur Lage der Nation die Bedrohungslage übertrieben.

Völkerrechtswidriger Angriff

Artikel 51 der Uno-Charta erlaubt Angriffe zur Selbstverteidigung nur, wenn ein Land bewaffnet angegriffen wird. Ein Staat muss indessen nicht abwarten, bis der Angriff tatsächlich stattfindet. Das Völkerrecht erlaubt auch Massnahmen gegen einen unmittelbar bevorstehenden Angriff, wenn keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Dies wird als «präventive Selbstverteidigung» bezeichnet. Auch andere Staaten dürfen dem angegriffenen Staat militärisch beistehen, unabhängig davon, ob ein formelles Bündnis besteht.

Doch nur ein unmittelbar bevorstehender Angriff rechtfertigt präventive Massnahmen. Ein «präventiver» Angriff auf blossen Verdacht oder wegen einer längerfristigen Bedrohung ist völkerrechtswidrig).

Ohne unmittelbar bevorstehenden Angriff sind Präventivkriege auch gegen gefährliche «Schurkenstaaten» nicht erlaubt – schon gar nicht mit dem Ziel, eine Regierung zu stürzen.

Weder gegen Israel und schon gar nicht gegen die USA stand ein bewaffneter Angriff Irans unmittelbar bevor. Im Gegenteil: Seit Israel die Angriffskapazitäten der Hamas und der Hisbollah ausgeschaltet hat und Bashar al Assad in Syrien gestürzt wurde, ist die Bedrohung für Israel deutlich geringer geworden. Auch die wichtigsten iranischen Anlagen zur Anreicherung von Uran haben Israel und die USA im letzten Jahr zerstört. Warum jetzt ein Angriff Irans gegen Israel oder die USA unmittelbar bevorstehen sollte, ist nicht nachvollziehbar.

Das Gift der Künstlichen Intelligenz

Biete der KI selbstdenkend die Stirn
Sonst verblödet alsbald dein Gehirn
KI macht vieles verführerisch leicht
Doch dein Intellentum wird seicht.
Selbst sollst du denken mit Vernunft und Verstand
Sonst ist die KI dir lauernd mit Ratgebung zur Hand
Wodurch dir wird echtes, eigenes Denken zur Qual
Und schliesslich verdammt sie deine Freiheit total.



(Bild: Lizenzfrei von <https://pixabay.com/de/illustrations/ki-generiert-schlange-reptil-7871070/>)

Verfällst du der KI im Glauben wie an einen Gott
Verschafft's dir nicht Freiheit, sondern Versklavung und Not
Verzichte auf die Einflüsterung der falschen Schlange
Prüfe alles selbst durch eigenes Denken, so wird niemals dir bange.
Achim Wolf, www.freunderwahrheit.de
6. April 2026

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
5.4.2026



Naturwunder Erde: die Menschen setzen sie unter Druck © Shtanzman/Depositphotos

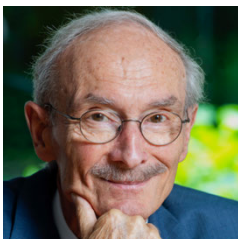
Vierzehn faule Ostereier für unsere Kinder

Die junge Generation erbt eine Reihe gefährlicher Zeitzündler. In der Geschichte der Menschheit waren die Risiken noch nie so gross.

Urs P. Gasche

Der Zustand unserer Erde ist beispiellos schlecht. Sie ist ein Pulverfass mit 14 möglichen Initialzündern:

1. Bereits neun Regierungen verfügen über Atomwaffen und entwickeln sie weiter, um bei einer realen oder vermeintlichen Bedrohung mit einem Erstschatz reagieren zu können. Ein nuklearer Winter ist beabsichtigt oder unbeabsichtigt eine reale Gefahr. Die Gefahr eines Atomkrieges ist so gross wie während des Kalten Krieges.



Urs P. Gasche © Peter Mosimann

2. Grosse Staaten vermüllen den erdnahen Weltraum und rüsten diesen rechtsfreien Raum militärisch auf. Bereits umkreisen über 23'000 Trümmerteile mit einem Durchmesser von grösser als 30 Zenti-meter sowie über hundert Millionen kleinere Teile die Erde.

3. Die Weltmeere missbrauchen Staaten als kostenlose Müllkippen. Sie plündern die Meere durch Überfischung.
4. Bis heute haben Atomkraftwerke Hunderttausende Tonnen hochradioaktiven Atommüll hinterlassen, die mehr als Hunderttausend Jahre abgeschirmt aufbewahrt werden müssen.
5. Zerfallener Kunststoff und seine Zusatzstoffe belasten Meere, Gewässer, Luft und Menschen. Nanoplastik sammelt sich in Gehirn und Lunge der Menschen.
6. Trotzdem will die Industrie ihre Produktion von Kunststoffen bis 2060 verdoppeln oder verdreifachen.
7. Ein noch so gesunder Lebensstil hilft gegen den Cocktail aus Nanoplastik, PFAS, Feinstaub, Pestiziden und Chemikalien nur noch wenig.
8. Die 30 Zentimeter dünne Schicht Humus, von der alles Leben auf der Erde abhängt, ist bereits grossflächig mit Pestiziden, Schwermetallen und «Forever Chemicals» wie PFAS verseucht – eine tickende Zeitbombe. Zehn Prozent der weltweiten Landfläche sind laut FAO bereits stark beschädigt.
9. Vor erst hundert Jahren haben noch zwei Milliarden Menschen auf der Erde gelebt. Heute sind es über acht Milliarden. Sie verdrängen Tier- und Pflanzenarten – die Grundlage allen Lebens. Würden in Afrika, Indien und China alle so leben wie die Menschen in Europa, bräuchte es Ressourcen von drei Planeten. Der Streit um knapper werdende Ressourcen wie Wasser und Rohstoffe eskaliert in einem noch nie dagewesenen Ausmass.
10. Wirtschaftswachstum nach heutigen Regeln bedeutet noch mehr Konsum, Verschwendung und Abfall. Trotzdem setzen die übersättigten reichen Länder weiter auf dieses Wachstum. Es bringt nicht die versprochene Lösung aller Probleme, sondern es schafft zusätzliche.
11. Finanziert wird dieses Wachstum mit gigantischen Schulden, die weder zurückbezahlt noch abgeschrieben werden: Es drohen Hyperinflation und Massenarbeitslosigkeit.
12. Kaum regulierte Schattenbanken ohne Banklizenz gefährden das internationale Finanzkartensystem. Sie spekulieren mit mehr als der Hälfte der weltweiten Finanzvermögen.
13. Das Klima hat sich seit Menschengedenken noch nie so rasch verändert. Die Ozeane dehnen sich thermisch aus und die Polkappen schmelzen, so dass der Meeresspiegel bis 2100 um rund einen Meter steigt. Millionenstädte an Küsten werden unbewohnbar. Menschen müssen fliehen.
14. Unbekümmert stossen die Menschen jedes Jahr neue Rekordmengen an CO₂ und Methan als Treibhausgas in die Atmosphäre – auch mit Kriegen.
15. Milliardäre und ihre Konzerne hatten noch nie einen so grossen politischen Einfluss. Sie kontrollieren sogar militärische Macht. Armeen hängen von Peter Thiel und Alex Karp ab, den Eigentümern des Software-Konzerns Palantir. Elon Musk kann mit seinem Starlink-Netzwerk über Kriege entscheiden.
16. Freiheiten und Grundrechte waren seit dem Zweiten Weltkrieg in Demokratien noch nie so bedroht wie heute.

Die Menschheit vollbringt wissenschaftliche und technische Wunder – nun auch mit «künstlicher Intelligenz» oder mit der bemannten Umkreisung des Mondes. Doch die Menschen bleiben charakterschwach wie eh und je.



«Wir schlafwandeln in den Dritten Weltkrieg» – Doug Macgregor warnt vor globaler Eskalation

uncut-news.ch, April 1, 2026

Die Welt steuert nicht bewusst, sondern schleichend auf einen grossen Krieg zu – das ist die zentrale Warnung des ehemaligen US-Obersts Doug Macgregor. In seiner Analyse zeichnet er ein düsteres Bild einer geopolitischen Lage, in der mehrere Konflikte ineinandergreifen und politische Eliten Risiken eingehen, deren Konsequenzen sie selbst kaum tragen würden.

Macgregor sieht Parallelen zur Vorkriegszeit vor 1914: Ein internationales System, in dem keine Grossmacht tatsächlich einen Weltkrieg will – aber alle bereit sind, Schritte zu gehen, die genau dorthin führen können. Der entscheidende Unterschied sei heute jedoch die Existenz von Atomwaffen. Diese verhinderten zwar den direkten grossen Krieg, verschieben die Konflikte aber in einen Bereich «unterhalb der nuklearen Schwelle», in dem dennoch eine enorme Zerstörung möglich ist.

Im Zentrum seiner Analyse steht der Ukraine-Krieg, den er als künstlich geschaffenen Konflikt beschreibt. Ohne westliche Interventionen und die politische Ausrichtung Kiews gegen Russland hätte es diesen Krieg seiner Ansicht nach nicht gegeben. Gleichzeitig wirft er dem Westen vor, die militärische Realität falsch einzuschätzen: Russland sei weder wirtschaftlich noch militärisch kollabiert, sondern habe seine industrielle und militärische Kapazität massiv ausgebaut. Sanktionen hätten nicht den erwarteten Effekt erzielt, während die westlichen Gesellschaften zunehmend an innerer Stabilität verlieren.

Macgregor kritisiert dabei vor allem die politischen Entscheidungsträger in Europa und den USA. Diese lebten, so seine Einschätzung, in einer «fantastischen Parallelwelt», geprägt von Arroganz, Fehleinschätzungen und Wunschdenken. Die Annahme, Russland werde nicht eskalieren oder letztlich zusammenbrechen, sei gefährlich und könne zu einer direkten militärischen Konfrontation führen.

Ein weiterer zentraler Punkt seiner Analyse ist die zunehmende Entkopplung zwischen Bevölkerung und politischer Führung. Entscheidungen über Krieg und Frieden würden nicht mehr im Sinne der Mehrheit getroffen, sondern von kleinen Machteliten, beeinflusst durch wirtschaftliche Interessen und grosse Vermögen. Demokratie werde dadurch ausgehöhlt, während geopolitische Strategien zunehmend von finanziellen und machtpolitischen Kalkülen geprägt seien.

Besonders brisant wird seine Einschätzung im Hinblick auf den Nahen Osten. Ein Krieg zwischen Israel und dem Iran könnte seiner Ansicht nach der Auslöser für eine globale Eskalation sein. Ein solcher Konflikt würde nicht regional bleiben, sondern zwangsläufig Russland und China einbeziehen. Beide Länder hätten strategische Interessen und militärische Präsenz in der Region aufgebaut und würden nicht tatenlos zusehen, wenn Iran militärisch zerstört würde.

Macgregor warnt davor, dass viele in Washington und Europa die Situation völlig falsch einschätzen. Die Vorstellung, man könne einen begrenzten Krieg führen oder kontrollieren, sei eine gefährliche Illusion. Sobald ein solcher Konflikt beginne, könne er sich schnell ausweiten und ausser Kontrolle geraten.

Dabei verweist er auch auf die globale Machtverschiebung. Während der Westen sich als dominierende Kraft sehe, stehe ein grosser Teil der Welt – insbesondere Staaten des globalen Südens – politisch und wirtschaftlich näher an Russland, China und Iran. In einem grösseren Konflikt wäre der Westen daher weit weniger isoliert handlungsfähig, als oft angenommen.

Ein besonders eindringlicher Teil seiner Analyse betrifft die wirtschaftlichen Folgen eines solchen Szenarios. Selbst ohne den Einsatz von Atomwaffen könnte ein globaler Konflikt die westlichen Volkswirtschaften schwer treffen: Handelsketten würden zusammenbrechen, Energiepreise explodieren und der Lebensstandard massiv sinken. Ein Krieg könne somit nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich verheerend wirken.

Macgregor erinnert zudem daran, dass grosse Kriege in der Geschichte oft nicht aus klaren Entscheidungen entstanden, sondern durch Ereignisse, Fehlkalkulationen oder bewusst herbeigeführte Vorfälle eskalierten. Beispiele wie Pearl Harbor oder der Golf von Tonkin zeigen seiner Ansicht nach, wie Konflikte politisch instrumentalisiert oder durch bestimmte Ereignisse ausgelöst wurden.

Seine Warnung ist eindeutig: Auch heute bestehe die Gefahr eines solchen Eskalationsmoments – etwa durch einen Zwischenfall auf See im Roten Meer, im Mittelmeer oder im Indischen Ozean. Ein einzelnes Ereignis könne ausreichen, um eine Kettenreaktion in Gang zu setzen, die in einen grossen Krieg mündet.

Am Ende bleibt seine zentrale Botschaft: Die Welt befindet sich bereits in einer Phase multipler Konflikte, die jederzeit in einen grösseren Krieg übergehen könnten. Nicht weil jemand ihn bewusst will, sondern weil politische Entscheidungen, Fehleinschätzungen und strategische Interessen immer weiter in Richtung Eskalation führen.

Oder, wie Macgregor es sinngemäss beschreibt:

Der gefährlichste Krieg ist der, in den man hineingerät, ohne ihn wirklich führen zu wollen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/wir-schlafwandeln-in-den-dritten-weltkrieg-doug-macgregor-warnt-vor-globaler-eskalation/>

Je blutrünstiger Israel wird, desto öfter hören wir von «Antisemitismus»

Caitlin Johnstone, April 2, 2026

Immer wenn Israel zahlreiche Zivilisten tötet, bringen die westlichen Medien sofort Artikel über «Antisemitismus» und die Gefühle der Juden heraus.



Immer wenn Israel massenhaft Zivilisten tötet, bringen die westlichen Medien sofort Artikel über «Antisemitismus» und die Gefühle der Juden heraus.

«Juden fragen sich: Gibt es noch einen sicheren Ort?», lautet eine aktuelle Schlagzeile im Wall Street Journal, mit dem Untertitel: «Es fühlt sich wieder wie in den 1930er Jahren an.» Die Feindseligkeit gegenüber Juden nimmt in westlichen Ländern zu, in denen sie sich in den letzten Jahrzehnten sicher gefühlt haben. Ein Artikel für «The Atlantic» mit dem Titel «Kanadas höfliches Pogrom» versucht auf bizarre Weise zu argumentieren, dass «Toleranz gegenüber Fanatismus» irgendwie dazu führe, «Juden aus dem öffentlichen Leben zu verbannen».

Eine Schlagzeile des «Washington Examiner» verkündet, dass «jüdische Wähler sich «politisch heimatlos» fühlen, da der Antisemitismus auf beiden Seiten zunimmt».

Eine Schlagzeile des «Telegraph» behauptet, dass «viele Juden im Grossbritannien der 2020er Jahre beängstigende Anklänge an das Deutschland der 1930er Jahre spüren».

Der Kriegsverbrecher Tony Blair schreibt einen Artikel für «The Free Press» mit dem Titel «Warum der Westen es nicht schafft, den Antisemitismus zu stoppen».



Übersetzungen von «X»: Was ist mit den 92 Millionen Menschen im Iran, den 5 Millionen Menschen im Libanon, den 2,7 Millionen Menschen im Westjordanland und den 2 Millionen Menschen im Gazastreifen? Gibt es für sie überhaupt einen sicheren Ort?
 Ein neuer Krieg im Nahen Osten löst einen erneuten Anstieg des Antisemitismus aus. Juden fragen sich: Gibt es überhaupt einen sicheren Ort? <https://on.wsj.com/3PA8hxd>

Unterdessen werden im wirklichen Leben Menschen im Iran, im Libanon und in Palästina von Israel und seinen Verbündeten gnadenlos abgeschlachtet. Je schlimmer die Lage wird, desto aggressiver wird das vorgetäuschte Besorgnisgeplänkel über «Antisemitismus».

Der «Jewish Chronicle» hat einen Artikel von Maureen Lipman mit dem Titel «Hat die Welt überhaupt eine Vorstellung davon, wie erschöpft die Menschen in Israel sind?» veröffentlicht, mit dem Untertitel «Ein lieber Freund erzählte mir, dass seine Enkelkinder seit Beginn der aktuellen Kämpfe mehr als 200 Mal in ihren Schutzraum flüchten mussten.»

«Die BBC und Reporter weltweit gehen nicht in die Schutzräume, in denen Kinder darauf trainiert werden, sich auf den Boden zu legen, wenn die Sirenen heulen», schreibt Lipman. «Ebenso wenig berichten sie über die Schliessung von Schulen. Die meisten israelischen Kinder haben seit Covid jeden Tag einen Teil des Unterrichts verpasst. Sind sich die Medien überhaupt der Angst der älteren Menschen in Israel bewusst?» Absolut unglaublich. Sie schreibt, als wären die Israelis die einzigen Menschen auf der Welt, deren Land bombardiert wird. Nur Zionisten könnten jahrelang jeden Tag Bomben auf benachbarte Bevölkerungsgruppen abwerfen und dann behaupten: «NIEMAND AUF DER WELT KANN SICH VORSTELLEN, WIE ES IST, IN ANGST VOR LUFTANGRIFFEN ZU LEBEN!»



Übersetzung von X: Das interessiert uns nicht, Maureen, nicht im Geringsten

Westliche Nachrichtenreporter stehen unter so grossem Druck, Israels Image aufzubessern und israelische Informationsinteressen zu fördern, dass die «Associated Press» gerade einen Leitartikel mit dem Titel «AP bezeichnet Israels Angriff auf den Libanon als Invasion. Was bedeutet das und warum ist es wichtig?» veröffentlicht hat, in dem sie ihre Entscheidung rechtfertigt, das, was offensichtlich und unbestreitbar eine Invasion ist, auch als solche zu bezeichnen.

Bei der Ukraine hat man das nie gesehen. Man hat nie erlebt, dass die Medien lange interne Beratungen darüber führten, wie man das Ganze bezeichnen solle, und dann Leitartikel veröffentlichten, in denen es hiess: «Wir werden das als russische Invasion bezeichnen, wir sind uns ziemlich sicher, dass man das so nennt, bitte seid nicht böse auf uns!» So sehr lassen sie sich von Israels Unterstützern einschüchtern, und so gross ist der Druck, den sie verspüren, sich unter allen Umständen der imperialen Linie anzupassen.

Gleichzeitig sehen wir in der israelischen Presse Kommentare wie den Artikel «Langfristige Deradikalisierung in Gaza steht vor grossen Hürden» in der «Jerusalem Post», der ausdrücklich für die vollständige ethnische Säuberung des palästinensischen Gebiets plädiert.

Der Autor des Artikels, Martin Sherman, weist Behauptungen zurück, die Bevölkerung von Gaza könne «deradikalisiert» werden – als ob die Radikalisierung der Palästinenser das Problem wäre und nicht die radikale politische Ideologie derjenigen, die eine Vernichtungskampagne gegen sie führen. Stattdessen, so argumentiert Sherman, müsse jeder die «harte Realität» akzeptieren, dass nur Annexion und ethnische Säuberung zu einem dauerhaften Frieden im Gazastreifen führen können.

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

29.3.2026



Das berüchtigte Gefängnis Ofer in Israel © B'Tselem

Der totgeschwiegene UN-Folterbericht aus Israel

Israel wende gegenüber Palästinensern systematisch Foltermethoden an, berichtet die Uno. Kein Thema in Deutschschweizer Medien.

Gabriela Neuhaus

Anfang Woche präsentierte die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese in Genf ihren jüngsten Bericht über die Situation der Menschen in den von Israel besetzten Gebieten. Unter dem Titel «Folter und Genozid» zeigt die Untersuchung auf, wie Israel systematisch völkerrechtlich verbotene Methoden einsetzt, um Palästinenser:innen zu brechen, zu demütigen und letztendlich zu vernichten.

Ein erschütterndes Dokument, das jedoch in den Deutschschweizer Medien praktisch totgeschwiegen wurde: Weder die «NZZ» noch der «Tages-Anzeiger» oder das «Echo der Zeit» haben darüber berichtet. Dies einmal mehr im Gegensatz zur Berichterstattung in der Westschweiz, wo u.a. «RTS», die französischsprachige Ausgabe des «BLICK» und der «Courrier» das Thema aufgenommen haben.

Zur Methodik der Untersuchung

Der gut dokumentierte Bericht basiert auf über 300 Zeugenaussagen, die von zahlreichen Organisationen vor Ort gesammelt und dem Büro der UN-Sonderberichterstatterin übermittelt wurden, der Israel bekanntlich den Zutritt nach Gaza, in die Westbank und nach Israel verwehrt.

Was nichts an den Aussagen und der Qualität des Berichts ändert: Sämtliche Fakten und Recherchen, die in der Studie zitiert werden, sind mit Quellenangaben und weiterführenden Links versehen. Der wissenschaftlich fundierte Report zeigt auf, wie die seit der Gründung Israels stets praktizierten Foltermethoden insbesondere seit dem Oktober 2023 weiterentwickelt und normalisiert wurden, und gezielt als Instrument zur Erniedrigung und Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt werden.

Als Beispiel zitiert der Bericht etwa die «Gefängnis-Revolution» des israelischen Sicherheitsministers Itamar Ben-Gvir, der am 24. November 2023 verordnet hatte, dass alle als «Terroristen» kategorisierten palästinensischen Gefangenen gefesselt in Handschellen, in überfüllten Zellen ohne Licht mit Eisenbetten und Latrinen festgehalten und ununterbrochen der israelischen Nationalhymne ausgesetzt werden.

Die breite Palette von entmenslichenden Foltermethoden, die in israelischen Gefängnissen praktiziert werden, ist längst kein Geheimnis mehr. Im Gegenteil: Insbesondere der rechtsextreme Minister Ben-Gvir brüstet sich gerne mit Videos, die zeigen, wie er Gefangene misshandelt und verhöhnt. Zu seinem Programm gehören auch drastische Kürzungen der Essensrationen, was bereits mehrfach zum Tod von Gefangenen geführt hat.

Der Status der eingesperrten Palästinenser:innen

Im Februar 2026 waren laut dem UNO-Bericht 9245 Palästinenser:innen in israelischen Gefängnissen eingesperrt. Darunter 1330 Verurteilte, 3308 Untersuchungsgefangene, 3358 sogenannte Administrativhäftlinge, die ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden – unter ihnen zahlreiche Kinder – sowie 1249 Gefangene, die unter die Kategorie «unrechtmässige Kämpfer» fallen.

Sie alle seien Folter ausgesetzt. Das Spektrum reiche, laut den von Albaneses Team gesammelten Zeugenaussagen, von «Fesseln bis zur Blutung» über «Schläge, Schleifen, Aushungern, Kälteeinwirkung, Verweige-

«... rüfung medizinischer Versorgung, Angriffe durch Hunde, Einzelhaft, sexueller Missbrauch, erzwungenes Entkleiden» bis zu «Drohungen, Familienangehörige zu vergewaltigen und zu töten».

Israelische Verstöße gegen internationales Recht

Die UN-Antifolterkonvention von 1984 verbietet völkerrechtlich verbindlich «jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich grosse körperliche oder seelische Leiden zugefügt werden.» Obschon auch Israel die Konvention unterzeichnet hat, wurde sie in dessen Gefängnissen nie umgesetzt. Bereits 1987 rechtfertigte eine Kommission, dass bei Personen, die von Israel des Terrors verdächtigt würden, zusätzlich zu psychischem in begrenztem Umfang auch physischer Druck ausgeübt werden dürfe. 1999 segnete Israels Oberster Gerichtshof diese Doktrin der «Notwendigkeit» ab, indem er «spezielle Druckmethoden bei Befragungen» erlaubte, die 2018 zusätzlich erweitert wurden. Das komme einem Freipass für Folterungen in israelischen Gefängnissen gleich, wie der aktuelle UNO-Bericht zusammenfasst: Von den zwischen 2001 bis 2020 über 1300 eingegangenen Anzeigen wegen Folter, hätten gerade mal zwei zu Ermittlungen und keine einzige zu einer Anklage geführt.

Dies, obschon nach dem Völkerrecht das Verbot von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung von Menschen absolut gilt. Mit anderen Worten: Für Folter gibt es keine Rechtfertigung, sie ist in jedem Fall ein Verbrechen. Der UN-Ausschuss gegen Folter hatte bereits in seinem Bericht von 2025 festgehalten, Israel verfolge eine «faktisch organisierte und weit verbreitete staatliche Folterpolitik». Ein Vorwurf, den der Albanese-Bericht aufgrund zusätzlicher Recherchen bestätigt und der zusätzlich den Zusammenhang zu Israels Genozid-Politik aufzeigt.

Systematische Folter – nicht nur hinter Gefängnismauern

Die Folterungen durch den israelischen Staat beschränkten sich nicht auf Gefängnisse und Verhörräume, wie der UN-Bericht weiter festhält. Insbesondere seit Oktober 2023 sei die gesamte palästinensische Bevölkerung in Gaza, aber auch in der Westbank und in Ostjerusalem, einem ständig wachsenden Druck ausgesetzt. «Israel hat Gaza in ein riesiges Folterlager verwandelt, wo die Menschen nirgends sicher sind – weder in Spitälern, Häusern, Schulen, noch in Flüchtlingslagern, nicht einmal in überfluteten Zelten. Israel kann überall und jederzeit zuschlagen», fasst der Bericht zusammen. Für das Westjordanland und Ostjerusalem nennt er als zentrales Instrument die allumfassenden High-Tech-Überwachungssysteme, die ebenfalls Foltereigenschaften aufweisen würden, «indem sie in den Gemeinschaften ein Klima der Angst schüren, soziale Bindungen untergaben und individuelle Freiheiten unterdrücken.»

Das Fazit lautet: Die alle Lebensbereiche umfassende Folterpolitik Israels gegen die palästinensische Bevölkerung sei Teil einer weitergehenden Vertreibungs- und Genozidpolitik. Oder, wie der im Bericht zitierte rechtsextreme israelische Finanzminister Bezalel Smotrich höhnt: «Sie werden völlig verzweifelt sein, da sie erkennen, dass es in Gaza keine Hoffnung und nichts gibt, worauf sie hoffen könnten, und sie werden nach einer Umsiedlung suchen, um an anderen Orten ein neues Leben zu beginnen.»

Wie die älteren Berichte aus dem Büro der Sonderberichterstatterin, zeichnet sich auch der aktuelle Bericht «Folter und Genozid» durch eine breit abgestützte Quellenlage und unaufgeregte Sachlichkeit aus. Umso mehr stellt sich die Frage: Warum findet er kein Echo im «Echo der Zeit»? Warum berichtet nur die französischsprachige Ausgabe des «BLICK»? Warum kein Wort darüber im «Tages-Anzeiger»?



Übersetzungen von «X»: Um es klar zu sagen: Dies ist ein Meinungsbeitrag in einer grossen israelischen Zeitung, in dem ethnische Säuberung befürwortet wird.

Meinung: Der einzige Weg, wie Israel den Gazastreifen regieren kann, ohne zu einem externen Unterdrücker «eines anderen Volkes» zu werden, besteht darin, «das andere Volk» aus dem Gazastreifen selbst zu entfernen.

<https://jpost.com/opinion/article>

Wichtiger Kontext: Dies wird als ethnische Säuberung bezeichnet

«Die einzige Möglichkeit für Israel, sicherzustellen, wie der Gazastreifen regiert wird und wer ihn regiert, besteht darin, ihn selbst zu regieren», schreibt Sherman. «Darüber hinaus ist die einzige Möglichkeit für Israel, den Gazastreifen zu regieren, ohne zum externen Unterdrücker «eines anderen Volkes» zu werden, darin, «das andere Volk» aus dem Gazastreifen selbst zu entfernen.»

«Das ist kein rechtsextremer Radikalismus. Es ist lediglich fundierte und nüchterne Politikwissenschaft», schreibt Sherman.

Wenn es kein Rechtsextremismus ist, die Massenvertreibung einer kolonialisierten indigenen Bevölkerung aus ihrer Heimat zu befürworten, nur weil sie der falschen ethnischen Gruppe angehört, dann gibt es keinen Rechtsextremismus. Das ist so ziemlich das Rechtsextremistischste, was es gibt.

Und dies ist eine völlig etablierte israelische Publikation.

Wenn irgendjemand auf der Welt deradikalisiert werden muss, dann sind es die Israelis und ihre Unterstützer.

Quelle: The More Murderous Israel Gets, The More We Hear About "Antisemitism"

Quelle: <https://uncutnews.ch/je-blutruenstiger->



/TACC

Warschau, Vilnius, Riga und Tallinn wurden zu legitimen Zielen

Svpressa, April 1, 2026

Polen und die baltischen Staaten haben einen offenen Krieg mit Russland begonnen und erlauben ukrainischen Drohnen die Nutzung ihres Luftraums.

Estland, Lettland und Litauen haben ihren Luftraum faktisch für ukrainische Drohnen geöffnet. Diese durchqueren die Länder auf dem Transit, um Ziele im Nordosten Russlands anzugreifen. Dies betrifft in erster Linie die Ölterminals im Bereich des Hafenkompleses Ust-Luga sowie die gesamte dazugehörige Infrastruktur.

Es ist wichtig anzumerken, dass zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Artikels keine Bestätigung einer solchen Entscheidung seitens der baltischen Staaten vorlag. Der Begriff «offiziell» setzt eine eindeutig überprüfbare Stellungnahme von Amtsträgern oder ein veröffentlichtes Dokument voraus. Sollte der Autor die Entscheidung aus Quellen erfahren haben, kann die Nachricht nicht als «offiziell» bezeichnet werden. Bislang hat sich jedoch kein Sprecher Litauens, Lettlands oder Estlands zu diesem Thema geäußert. Auch liegen keine veröffentlichten Dokumente oder Regierungsbeschlüsse vor.

Am Abend des 26. März wehrte die russische Luftabwehr einen Angriff von über 20 ukrainischen Drohnen in der Region Leningrad ab. Laut Regionalgouverneur Alexander Drozdenko gab es keine Opfer. Es entstanden jedoch Schäden im Industriesektor.

Ukrainische Drohnen sind schon früher in Richtung St. Petersburg geflogen. Doch dies ist das erste Mal, dass wir Angriffe dieses Ausmasses erleben.

Was geschieht am Himmel über Nordwestrussland, und welche Bedrohung stellen Angriffe durch den polnischen und baltischen Luftraum dar? Finden wir es heraus.

Geografie der Streiks

Es ist bemerkenswert, dass mit dem Beginn der amerikanisch-israelischen Operation gegen den Iran auch die Angriffe der Ukraine auf russisches Territorium exponentiell zugenommen haben. Tatsächlich erlebt

Russland derzeit die intensivsten ukrainischen Luftangriffe seit der Gründung des Zentralen Militärbezirks. Anfangs erzielte der Feind keine nennenswerten Erfolge. Zwar gab es einige Treffer in verschiedenen Regionen, doch deren Auswirkungen waren so gering, dass man sie kaum als Sieg bezeichnen könnte.

Doch diese Woche hat sich die Lage dramatisch verändert. Am Mittwoch, dem 25. März, erreichten mehr als ein Dutzend ukrainische Drohnen das Gebiet um Ust-Luga. Und zum ersten Mal seit Anfang letzten Jahres handelte es sich dabei nicht um gewöhnliche unbemannte Flugzeuge, sondern um A-22 FoxBats, zu Drohnen umgebaute Leichtflugzeuge.

Diese Raketen zeichnen sich nicht nur durch ihre grosse Reichweite aus, sondern können Schätzungen zufolge auch bis zu drei Tonnen Sprengstoff transportieren. Sie sind im Wesentlichen die stärksten und reichweitenstärksten Waffen im Arsenal der ukrainischen Streitkräfte. Und da die A-22 ein vollwertiges Flugzeug ist, kann sie komplexe Flugrouten mit engen Kurven sowie Steig- und Sinkflüge bewältigen.

Die FoxBat hat jedoch einen gravierenden Nachteil: Sie ist ein sehr grosses und vergleichsweise langsames Flugzeug. Ihr Rumpf ist über sieben Meter lang, und ihre Spannweite beträgt neun Meter. Sie ist extrem anfällig für Bodenangriffe und ein ideales Ziel für tragbare Luftverteidigungssysteme.

Die A-22 kann nur wenige relativ erfolgreiche Einsätze vorweisen. Beispielsweise griffen diese Drohnen Ende 2024 den Industriekomplex Jelabuga in Tatarstan an. Allerdings wurden die meisten dieser Fluggeräte von Luftverteidigungssystemen abgeschossen. Daher ging ihr Einsatz schnell zurück.

Am 25. März, unmittelbar nach dem ersten Angriff, verbreitete sich im russischen Internet rasch ein Diagramm der mutmasslichen Flugroute der A-22. Sie starteten in der Region Tschernihiw, drangen dann in den polnischen Luftraum ein und durchquerten dessen östlichen Teil nahe der belarussischen Grenze.

Die Drohnen drangen anschliessend in den litauischen Luftraum ein. Danach flogen sie über Lettland und Estland und steuerten Ust-Luga an, um dort anzugreifen. Die Entfernung von der russisch-estnischen Grenze zum Hafenkomples beträgt in Luftlinie etwa 35 Kilometer.

Anfang März schloss Polen seinen Luftraum im Osten des Landes für drei Monate. Das Verbot ist jedoch nicht vollständig. Es gilt nur für Flugzeuge, die unterhalb von drei Kilometern fliegen.

Und falls die ukrainischen A-22 tatsächlich die Ostseeroute flogen, flogen sie über der polnischen Sperrzone. In Höhen zwischen einem und zwei Kilometern bot Warschau ideale Bedingungen für solche Operationen.

Drohnenpiloten aus Brüssel

Es ist offensichtlich, dass die baltischen Staaten und Polen diese Entscheidung nicht allein getroffen haben. Brüssel ist eindeutig der Anstifter dieser Angriffe. Trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten und politischer Probleme innerhalb der EU selbst fordern die EU-Spitzenpolitiker verzweifelt, dass die USA die Sanktionen gegen Russland wegen des Ölhandels aufrechterhalten.

Europäer und Ukrainer vertreten die Theorie, Moskau könne nur auf dem Schlachtfeld durch wirtschaftliche Mittel besiegt werden. Man müsse die Öl- und Gaseinnahmen reduzieren und die Industrie zu einer militärischen Umstrukturierung zwingen. Dann werde es im Land zu einem Staatsstreich kommen, und Brüssel und Kiew würden triumphieren.

Mit der Einführung neuer US-Sanktionen gegen den russischen Treibstoffhandel glaubte die EU, dem Sieg näher denn je zu sein. Daher beschloss sie, die Wirkung zu verstärken, indem sie die Ukraine zu einem Angriff auf russische Öl- und Gasvorkommen zwang.

Dies erklärt die zahlreichen Angriffe auf die Stationen South Stream und Turkish Stream, den türkischen Tanker, der von einer Unterwasserdrohne beschädigt wurde, und so weiter.

Die Wahl der Ostseeroute für die Angriffe auf Ust-Luga entspricht voll und ganz der Logik der EU. Konventionelle Langstrecken-Drohnen der ukrainischen Streitkräfte verursachen Schäden an russischen Öl- und Gasterminals. Doch diese zu deaktivieren, geschweige denn die Drohnen selbst zu zerstören, reicht nicht aus. Zumal nur ein Bruchteil der gestarteten Drohnen jemals ihr Ziel erreicht.

Die A-22 mit ihrem hochenergetischen Sprengkopf könnte als bevorzugte Waffe für solche Angriffe gelten. Allerdings sind diese Drohnen extrem verwundbar. Daher muss ihr Flug zum Ziel durch den Hoheitsluftraum Polens, Lettlands, Litauens und Estlands geschützt sein.

Die Unfähigkeit und extreme Ignoranz der EU-Führungskräfte ist schlichtweg erschreckend. In den 1980er Jahren versuchten Iran und Irak, den Krieg mit ähnlichen wirtschaftlichen Methoden zu gewinnen. Die Länder jagten Tanker und plünderten die Ölterminals des jeweils anderen.

Die mittlerweile berüchtigte Insel Charg war beispielsweise ständig massiven irakischen Luftangriffen ausgesetzt. Dabei kamen Dutzende (!) moderner Kampfflugzeuge gleichzeitig zum Einsatz: von Mirage F-1 und Su-22 Jagdbombern bis hin zu Bombern wie der MiG-25RB und der Tu-22. Letztere warfen sogar Bomben mit einem Gewicht von eineinhalb und drei Tonnen ab. Eine einzige Drei-Tonnen-Bombe entspricht der Sprengkraft von einem Dutzend A-22-Drohnen.

Weltweit wurden Hunderte von Studien verfasst, die die Folgen des Iran-Irak-Krieges sowohl im Hinblick auf den Ölhandel als auch aus militärpolitischer Sicht untersuchen. Es zeigte sich, dass Bagdad und Teheran ein Vielfaches dessen für ihre Angriffe ausgaben, was sie ihren Gegnern abverlangen konnten. Selbst ein seltener Angriff von nur zehn A-22 auf Ust-Luga dürfte eine so leistungsstarke Produktionsanlage kaum lahmlegen. Zwar wird es durch Reparaturen und Stillstandszeiten zu Verlusten kommen, doch diese sind im Vergleich zum gesamten Exportvolumen gering. Angesichts der bereits begonnenen globalen Energiekrise wird der Schaden für Russland weitaus geringer sein als die Kosten, die Brüssel und Kiew für die Operation aufgewendet haben.

Schusslinie

Unterdessen stellt das Entstehen einer neuen Route eine äusserst gefährliche Spannungsquelle dar, die zu unvorhersehbaren Folgen führen könnte.

Ja, Lettland und Estland teilen eine relativ lange Grenze mit Russland. Die Ostseeroute selbst ist jedoch recht lang, weshalb nicht alle ukrainischen Langstreckendrohnen geeignet sind. Zudem ist der Zielbereich für ihre Angriffe begrenzt – Ust-Luga und das Gebiet um St. Petersburg.

Es ist erwähnenswert, dass die russischen Streitkräfte dieses Gebiet seit mehreren Jahren verstärken. Konkret wurden dort der Leningrader Militärbezirk sowie eine neue Luftwaffe und Luftverteidigungsarmee stationiert. Diese Entscheidung wurde gezielt getroffen, um die NATO abzuschrecken.

Daher wird es für ukrainische Drohnen nicht einfach sein, die estnische und lettische Grenze zu durchbrechen. Der Angriff auf Ust-Luga am 25. März war ein Überraschungsschlag. Doch die Flugabwehr hat sich neu ausgerichtet. Daher konnte der nächste Angriff auf St. Petersburg abgewehrt werden. Die Wirksamkeit dieser Strategie wird künftig abnehmen.

Doch nun werden Polen, Lettland, Litauen und Estland zu vollwertigen Konfliktparteien. Zuvor nutzten die Ukrainer ihren Luftraum lediglich für Hilfsaufgaben. Mit der Erteilung einer offiziellen Genehmigung ändert sich die Lage jedoch dramatisch. Dann befinden sich Russland und die EU (NATO) näher denn je an einer direkten militärischen Konfrontation.

Quelle: Варшава, Вильнюс, Рига и Таллин стали законными целями.

Übersetzung: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/warschau-vilnius-riga-und-tallinn-wurden-zu-legitimen-zielen/>



Rabbi Eliyahu Mali: «Kinder sind zukünftige Terroristen» © cc

Israel beansprucht das Land vom Jordan bis zum Mittelmeer Nationalreligiöse Rabbis und rechtsextreme Minister fordern es schon lange: ein Grossisrael auf Kosten der Palästinenser.

Urs P. Gasche

Der palästinensische Slogan «From the River to the Sea» dürfe man nicht verwenden, weil er einen Gewaltaufruf gegen jüdische Menschen enthalte. Das fordern jüdische Organisationen wie der «Schweizerische Israelitische Gemeindebund».

Tatsächlich kommt es nicht darauf an, was mit einem solchen Slogan – mit der Ergänzung «Palestine will be free») – gemeint sein könnte, sondern wie er von der Mehrheit der Israeli verstanden wird: als Ablehnung der Existenz Israels und als antisemitisch.

Doch auch in Israel träumen einige von einem Land vom Jordan bis zum Mittelmeer. Premierminister Benjamin Netanyahu sagte im Januar 2024: «Only greater Israel will exist from river to the sea». Er bezog sich auf das historische Palästina, zu dem das Westjordanland und der Gazastreifen gehören, von denen die Palästinenser hoffen, dass sie eines Tages zu ihrem unabhängigen Staat werden.

Die Minister Ben Gvir und Bezazel Smotrich vertreten offen ein Israel «vom Fluss bis zum Meer». Mit dem Fluss ist der Jordan gemeint. Auch im Parteiprogramm der Likud von 1977 steht: «Between the Sea and the Jordan there will only be Israeli sovereignty.» (Zwischen dem Meer und dem Jordan wird es ausschliesslich israelische Souveränität geben.) Das spätere Likud-Programm von 1999 wiederholte diesen Anspruch Israels, wenn auch in anderen Worten.*

Vertreter der radikalen Siedlerbewegung nutzen den Begriff «Eretz Israel». Je nach Auslegung bedeutet dies mindestens das Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer oder darüber hinaus noch den Sinai oder bis zum Euphrat weit in Jordanien.

Lehnt der Schweizerische Israelitische Gemeindebund auch diese jüdischen Aussagen («vom Fluss bis zum Meer» oder «Eretz Israel») ab? Dazu Generalsekretär Jonathan Kreutner: «Diese Slogans/Begriffe sind nicht per se gleich gelagert. Ihre Bedeutung ist vielschichtig und reicht von religiösen und historischen Bezügen bis hin zu politischen Positionierungen.» Kreutner ergänzt: «Wo Positionen darauf hinauslaufen, das Existenzrecht eines Staates oder eines Volkes in Frage zu stellen, sind sie klar abzulehnen – unabhängig davon, von wem sie geäussert werden.» Ob dies bei den jüdischen Aussagen «vom Fluss bis zum Meer» oder «Eretz Israel» der Fall ist, sagt er nicht.

Doch auch hier ist entscheidend, wie die Mehrheit der Palästinenser diese Aussagen versteht.

«Juden stehen über dem Gesetz»

Viele Indizien deuten darauf hin, dass die Regierung von Benjamin Netanyahu das Ziel eines Grossisraels strategisch verfolgt:



Minister Ben-Gvir: «Juden stehen über dem Gesetz» © cc

- 2023 hatte Israels Finanzminister Bezalel Smotrich gesagt: «So etwas wie ein palästinensisches Volk gibt es nicht». Er sprach vor einer Karte Israels, auf der das besetzte Westjordanland und Teile Jordaniens zu Israel geschlagen wurden.
- Am 5. August 2024 erklärte Smotrich, es könne «gerechtfertigt und moralisch» sein, in Gaza zwei Millionen Menschen verhungern zu lassen. Leider würde man Israel zwingen, humanitäre Hilfslieferungen nach Gaza durchzulassen. Das verzögere die Freilassung von Geiseln.
- Ende Februar 2026 überreichte Israels Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir persönlich Räumungsbefehle an Palästinenser. Als ein Bewohner seine Eigentumsdokumente vorlegte, wollte Ben-Gvir nichts davon wissen: «Das ist mir egal. Juden stehen über dem Gesetz.» Die Palästinenser mussten ihr Häuser innerhalb von zwei Stunden verlassen.

Der palästinensische Ministerpräsident Mohammad Shtayyeh bezeichnete Smotrichs Äusserungen als «eindeutigen Beweis für die extremistische, rassistische zionistische Ideologie, die die Parteien der aktuellen israelischen Regierung prägt».

Keine klare Kante gegen nationalreligiöse Rabbis

Hinter den Rechtsextremen in Netanyahus Regierung steht die Ideologie nationalreligiöser Rabbis. Diesen Fundamentalisten widerspricht Ministerpräsident Benjamin Netanyahus Regierung höchstens, wenn es der internationale Druck verlangt.

Rabbi Eliyahu Mali leitet noch immer die religiöse Schule «Hesder Yeshiva Shirat Moshe» in Jaffa. Orthodoxe Männer können in diesem Internat das Tora-Studium mit dem regulären Militärdienst kombinieren.

In einem Video verbreitete Rabbi Eliyahu Mali im März 2024:

«In unserem Mitzwa-Krieg (Gebotskrieg, der als religiöse Pflicht gilt), in unserer Situation in Gaza, gilt das Gesetz: «Keine Seele soll leben». Die Logik ist klar: Wenn du sie nicht zuerst tötetest, werden sie dich töten. [...] Die heutigen Terroristen waren die Kinder von früher. Die Mütter haben diese Terroristen geschaffen. Deshalb geht es nicht nur um den jungen Mann im Alter von 16, 18, 20 oder 30 Jahren, der eine Waffe auf dich richtet, sondern auch die zukünftige Generation (die Kinder von Gaza) und diejenigen, welche die zukünftige Generation hervorbringen (die Frauen von Gaza). Selbst die alten Leute sind nicht unschuldig. 95 bis 99 Prozent aller Menschen wollen uns töten.»

Die Vorsitzende der oppositionellen Arbeitspartei, Merav Michaeli, verurteilte die Äusserungen des Rabbiners: «Ich fordere die Armee und das Verteidigungsministerium auf, mit der religiösen Schule (Shirat Moshe in Jaffa) nicht mehr zusammenarbeiten, bis der Rabbiner entlassen wird. Die israelische Armee darf eine solch gefährliche moralische Verrohung in ihren Reihen nicht zulassen.»

Nach Informationen im Netz leitet Mali die Schule immer noch und das Militär arbeitet weiter mit ihr zusammen.

Ein weiterer Nationalreligiöser ist Rabbi Ronen Shaulov. Er verbreitete am 28. Juli 2025: «Alle Kinder in Gaza sollten verhungern. Mit «künftigen Terroristen» könne man kein Mitleid haben: «Auch wenn sie jung und hungrig sind. Ich hoffe, dass sie verhungern.»

800'000 Juden an seiner Beerdigung



Rabbi Ovadia Yosef: «Der Herr wird herrschen in alle Ewigkeit» © cc

Der ultra-orthodoxe Oberrabbiner Ovadia Yosef war talmudischer Gelehrter, von 1973 bis 1983 sephardischer Oberrabbiner Israels sowie Gründer und langjähriger spiritueller Führer von Israels ultraorthodoxer Partei Shas.

Als er 2013 starb, kamen 800'000 Orthodoxe an seine Beerdigung nach Jerusalem. Es waren grossmehheitlich Männer. Die wenigen Frauen waren im Hintergrund von den Männern getrennt.

Unter den Männern waren Präsident Shimon Peres und Premierminister Benjamin Netanyahu. Sie störten sich nicht daran, dass dieser fundamentalistische Extremist

- 2012 Israels Richter beschimpfte: Sie «urteilen nicht nur nach Art der Völker der Welt und hassen die Tora», sondern «akzeptieren auch die Aussagen einer Frau.» Die Richter seien «böse Menschen – möge Gott sie vernichten».
- 2001 erklärte er, man dürfe gegenüber den Palästinensern keine Gnade walten lassen, sondern mit Raketen auf sie schiessen und sie vernichten.
- Früher behauptete er: «Nichtjuden wurden nur geboren, um uns zu dienen. Sonst haben sie keinen Platz in der Welt». Es ging darum, welche Arbeiten Nichtjuden am Schabbat verrichten dürfen. Unter Gelächter sagte er: «Wozu braucht man Nichtjuden? Sie arbeiten, sie pflügen und ernten. Wir werden wie ein Effendi (Meister) dasitzen und essen. [...] Bei Nichtjuden ist es wie bei jedem Menschen: Sie müssten eigentlich sterben, aber Gott schenkt ihnen ein langes Leben. Warum? Stellen Sie sich vor, jemandes Esel würde sterben – er würde sein Geld verlieren. Der Esel ist sein Diener. Deshalb bekommt er ein langes Leben, um gut für diesen Juden zu arbeiten.»

Menschenrechtsorganisationen wie das Adalah Legal Center kritisieren, dass die israelischen Behörden unakzeptable Aufrufe wie diejenigen des Schulleiters Rabbi Malis nicht wirksam ahnden, und dass es keine klare politische Ächtung dieser Hetze durch die Regierung gebe.

Ovadia Yosef, Ronen Shaulov, Elyahu Mali, Bezalel Smotrich und Itamar Ben-Gvir vertreten als religiöse oder revisionistische Zionisten eine ethnozentrische Haltung der Überlegenheit und streben ein Grossisrael an.

Doch die Mehrheit der Juden und der Israeli auf der Welt teilen diese Ansichten nicht und lehnen ein Grossisrael ab.

*Im Likud-Parteiprogramm von 1999 heisst es: «The Government of Israel flatly rejects the establishment of a Palestinian Arab state west of the Jordan river.» («Die israelische Regierung lehnt die Gründung eines palästinensisch-arabischen Staates westlich des Jordan entschieden ab») Und weiter: «Settlement of the land (Judea, Samaria and Gaza) is a clear expression of the unassailable right of the Jewish people to the Land of Israel and constitutes an important asset in the defense of the vital interests of the State of Israel. The Likud will continue to strengthen and develop these communities and will prevent their uprooting.» (Die Besiedlung des Landes (Judäa, Samaria und im Gazastreifen) ist ein klarer Ausdruck des unantastbaren Rechts des jüdischen Volkes auf das Land Israel und stellt einen wichtigen

Faktor bei der Verteidigung der vitalen Interessen des Staates Israel dar. Der Likud wird diese Gemeinden weiterhin stärken und ausbauen und ihre Entwurzelung verhindern.)

Prost Galgen! Israel will Palästinenser hängen

Autor: Uli Gellermann/Datum: 1.04.2026

Im israelischen Parlament floss Sekt, als das Gesetz über die Todesstrafe, die nur für Palästinenser gilt, verabschiedet wurde: Ekelerregende Abgeordnete rülpsten fröhlich auf den Tod am Strang, der demnächst jeden Palästinenser ereilen kann, der den Tod eines israelischen Bürgers verschuldet. Israelis, die einen Palästinenser umbringen, entgehen natürlich der Todesstrafe, wenn sie überhaupt vor Gericht kommen.

Verständnis für Israel?

Stefan Kornelius, der deutsche Regierungssprecher, äusserte zwar seine «Sorge», aber zugleich auch «Verständnis» dafür, dass Israel hart gegen den Terrorismus vorgehe. Kornelius unterstellt damit den Palästinensern kollektiv Terrorismus, noch vor irgendeiner Tat und vor dem Urteil. Das ist die Atmosphäre, die israelischen Rassismus bis nach Deutschland schwappen lässt.

Disunited Nations

In dieser Situation wurde im Berliner Kino «Babylon» der Film «Disunited Nations – die UNO und der Nahe Osten» gezeigt; ein Film rund um die UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten Francesca Albanese. Frau Albanese hatte festgestellt: «Israel begeht einen Völkermord am palästinensischen Volk.» Das lässt die in Deutschland erscheinende «Jüdische Allgemeine» nicht ruhen: Fast zwanghaft nennt sie die Berichterstatterin eine «berufsmässige Antisemitin». Kritik an Israel wird gern mit dem Begriff «Antisemitismus» belegt: So versucht man das israelische Apartheid-System zu leugnen.

Deutschland Rüstungspartner Israels

Es gäbe diplomatische Waffen gegen Unrechts-Staaten wie Israel: Man kann den Botschafter des Landes einbestellen, man kann die diplomatischen Beziehungen zu solchen Ländern abbrechen, man kann Israel sanktionieren. Nichts von alledem geschieht. Stattdessen gibt es eine enge deutsch-israelische Rüstungskooperation. Sie umfasst U-Boot-Lieferungen, Drohnenleasing (Heron-TP) sowie gemeinsame Projekte wie das Luftverteidigungssystem «Arrow 3». Der Stückpreis des Systems liegt bei 3 Millionen Dollar. Deutschland ist nach den USA der zweitwichtigste Rüstungspartner Israels.

Aussteigen!

Seit dem Februar 2026 existiert ein deutsch-israelisches Heeresabkommen. Auch über dieses Abkommen ist Deutschland in den israelischen Krieg gegen die Palästinenser verwickelt. Es wird Zeit, aus solchen unmenschlichen und gefährlichen Verträgen auszusteigen. Deutschland muss neutral werden!

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/prost-galgen>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

30.3.2026



Der grösste Flugzeugträger der Welt: Gerald R. Ford © U.S. Strategic Command

Wenn die globale US-Dominanz kippt

Die US-Streitkräfte verbrennen Milliarden im Iran-Krieg. Für die Vormachtstellung der USA sind das keine guten Nachrichten.

Jürg Müller-Muralt

Verstopfte Toiletten, Brand in der Wäscherei, brandgeschädigte Schlafplätze: Der modernste und grösste Flugzeugträger der Welt, die «Gerald R. Ford», lief schon vor dem Iran-Krieg auf dem Zahnfleisch, wie aus einem Artikel der NZZ hervorgeht. Sie ist seit Juni 2025 pausenlos im Einsatz, zuerst auf Patrouillenfahrt im Mittelmeer, dann in der Karibik beim Angriff auf Venezuela – und dann ging es wieder zurück ins Mittelmeer. Diese lange, zweimal verlängerte Dienstzeit schlägt gemäss NZZ auch auf die Moral der Besatzung. Das Schiff soll zwar derzeit militärisch noch einsatzbereit sein, aber nicht mehr auf Dauer. Derzeit liegt sie gemäss dem Shiptracker Crusing Earth in einem Hafen in Kreta und wird dort repariert.

Höhe der Kriegskosten: «Niemand weiss es»

Die überstrapazierte «Gerald R. Ford» kratzt wohl kaum an der Schlagkraft der amerikanischen Streitkräfte. Sie ist aber ein Symbol für die Überdehnung des US-Militärs, deren grösstes Problem nicht in der Ausrüstung liegt, sondern bei den Finanzen. Die USA haben gemäss einem Infosperber-Artikel «allein in den ersten 48 Stunden ihres Angriffs auf Iran Munition im Wert von 5,6 Milliarden Dollar verschossen.» Wie hoch die Schlussabrechnung des Krieges dereinst wohl etwa sein dürfte? «Niemand weiss es, wir haben keine Ahnung», sagte Jerome Powell, der Chef der US-Notenbank in einem Beitrag des «Echo der Zeit» von Radio SRF. Noch sei der Krieg finanzierbar, findet SRF-Börsenkorrespondent Jens Korte. Doch die hohe Staatsverschuldung setze der Regierung enge Grenzen. «Es geht um viel Geld – Geld, das die USA nicht unbedingt haben.» Entscheidend sei deshalb, wie lange der Krieg andauere, sagt Korte. Klar ist: Kriege hinterliessen in der jüngsten Vergangenheit in den USA regelmässig gigantische Finanzlöcher.

Mit Finanzkrisen in den Niedergang

Blickt man noch etwas weiter zurück in der Geschichte wird es offensichtlich: Der Weg in den Niedergang ist mit Finanzkrisen gepflastert. Die Finanzen sind zwar kaum je der alleinige Grund eines Machtverlusts, doch im Zusammenspiel mit militärischen Überdehnungen, politischer Instabilität, wirtschaftlichen Strukturproblemen oder äusserem Druck kann es heikel werden. So sehen verschiedene Historiker im spätantiken Rom eine Kombination aus militärischer Überdehnung und fiskalischer Krise. Eine zentrale Rolle spielten die enormen Kosten für die Grenzsicherung und Bürgerkriege, aber auch die wegbrechenden Steuern wegen des Bevölkerungsrückgangs und Wirtschaftskrisen.

Spanien und England chronisch verschuldet

Spanien mit seinem ausgedehnten Weltreich war zwar militärisch stark, litt aber unter chronischer Staatsverschuldung. Unter König Philipp II. kam es im 16. Jahrhundert gleich zu vier Staatsbankrotten (1557, 1560, 1575 und 1596). Die Hauptursachen des Machtverlusts sind in den enormen Kriegskosten zu finden; Spanien führte Krieg mit den Niederlanden, dem Osmanischen Reich, Frankreich und England. Bei internationalen Bankiers stand das Imperium mit enormen Kreditschulden in der Kreide.

Auch beim Niedergang des British Empire im 20. Jahrhundert spielten die Finanzen eine zentrale Rolle, vor allem die finanziellen Folgen zweier Weltkriege. Im Ersten, aber vor allem im Zweiten Weltkrieg häufte Grossbritannien eine enorme Staatsverschuldung an. Bereits in der Zwischenkriegszeit geriet das Land durch globale Finanzkrisen und Kapitalflucht unter Druck. Die Kosten für die Armee und für die Kolonialverwaltung stiegen enorm. Zugleich geriet Grossbritannien gegenüber den USA deutlich ins Hintertreffen.

Paul Kennedys Theorie des Niedergangs

Der Brite Paul Kennedy entwickelte eine der bekanntesten Theorien zum Niedergang von Grossmächten. Der Historiker, Politikwissenschaftler, Experte für Militärstrategie und Diplomatie publizierte 1987 sein Hauptwerk «Aufstieg und Fall der grossen Mächte». Seine Kernaussage: Grossmächte geraten dann in Schwierigkeiten, wenn ihr militärisches Engagement schneller wächst als ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Der Mechanismus dahinter in vier Schritten: 1. Expansion und steigende militärische Verpflichtungen; 2. Der Staatshaushalt wird zunehmend militärisch belastet; 3. Wirtschaftliche Wettbewerber wachsen schneller; 4. Machtverlust und Niedergang.

Natürlich ist immer allergrösste Vorsicht geboten, wenn jemand aus der Vergangenheit künftige Entwicklungen prognostiziert oder gar «historische Gesetzmässigkeiten» ableitet. Paul Kennedy wurde denn auch immer wieder kritisiert. Er tat das sogar selbst, indem er selbstironisch ein arabisches Sprichwort zitiert: «Wer die Zukunft voraussagt, ist nicht weise, sondern hat Glück.»

Überforderte Rolle als «Weltpolizist»

Und doch weist einiges auf die Richtigkeit von Kennedys Thesen hin. Die USA betreiben als einziger Staat der Welt ein globales Netz von Militärstützpunkten – rund 750 an der Zahl. Was beeindruckend klingt, ist auch risikoreich: Es bindet Unsummen an Mitteln und Ressourcen, was wiederum das Wachstumspotenzial senkt und die Wahrscheinlichkeit zu scheitern erhöht. Die USA pumpen mehr Geld in die Rüstung als alle anderen Nato-Staaten, China und Russland zusammen. Ökonomisch allerdings befinden sie sich im Krebsgang. Und grosse Feldzüge der USA im 21. Jahrhundert endeten bisher in einem Pyrrhussieg bzw. in einem Fiasko. Präsident George W. Bush zettelte 2003 den Angriffskrieg gegen Irak an. Resultat: ein gescheiterter Staat und als indirekte Folge die Stärkung der Terrororganisation Islamischer Staat. Dies und der klägliche Rückzug aus Afghanistan 2021 zeigen, dass die USA mit ihrer Rolle als «Weltpolizist» völlig überfordert sind.

Chinas «Wohlstandsexplosion»

Mehr noch: Die USA haben spätestens seit Beginn des 21. Jahrhunderts auch grosse strukturelle Wirtschaftsprobleme. «Das Ende der globalen US-Vorherrschaft» habe «unblutig und sachlich begonnen – mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WTO 2001», schreibt der deutsche Publizist Stefan Reinecke in der «taz». «Der politische Westen, die USA und Europa produzierten 2001 mehr als 40 Prozent aller Waren und Dienstleistungen weltweit, China damals nur drei Prozent. Heute ist der Anteil der USA und der EU auf je 14 Prozent gesunken, der chinesische hat sich auf 20 Prozent vervielfacht. Die Wohlstandsexplosion in China hat das globale Machtgefüge tiefer und radikaler verändert als jeder Krieg.»

USA im Niedergang wie einst das britische Weltreich

Stefan Reinecke weist darauf hin, dass es einen solch atemberaubend rasanten Aufschwung Ende des 19. Jahrhunderts schon einmal gab. «Damals überholten die USA und das Deutsche Reich in extrem kurzer Zeit Grossbritannien bei der Stahlproduktion. Das kündigte den Niedergang des britischen Empires und den Beginn des amerikanischen Jahrhunderts an. In gewisser Weise wiederholt sich diese Figur. Die USA heute ähneln mit sinkenden Patenten und gigantischer Verschuldung dem damals im Abstieg befindlichen britischen Weltreich, China mit seinem Innovationsgeist und machtpolitischen Ambitionen den einst aufstrebenden USA.»

Das sieht auch der britische Historiker Harold James, Professor an der renommierten US-Universität Princeton, ähnlich. In einem Beitrag in der Zeitung «Finanz und Wirtschaft» vom 5. März 2026 mit dem Titel «Trumps Amerika droht der gleiche Niedergang wie dem Vereinigten Königreich» schreibt er: «Statt sich in Kulturkriegen gegen die Einwanderung zu ergehen, sollten Trump und seine Anhänger lieber untersuchen, wie Grossbritannien mit dem Verlust seiner globalen Vorrangstellung zu kämpfen hatte. Die jüngste Vergangenheit keines anderen Landes bietet einen klareren Ausblick auf die mögliche Zukunft Amerikas.»

«Grösste Schwachstelle» ist der Finanzbereich

Wie so oft liege «die grösste Schwachstelle der schwindenden Macht im Finanzbereich. Vor wenigen Jahren hat die kurzlebige Regierung von Liz Truss gezeigt, wie ungedeckte Steuersenkungen (oder Ausgabenerhöhungen) die Anleihenmärkte erschüttern, Pensionsfonds gefährden und zu einem untragbaren Anstieg der Kosten für Staatsanleihen führen können. Jetzt sind die Märkte zunehmend besorgt über die Aussicht, dass anhaltende Defizite die Kreditkosten der USA in die Höhe treiben könnten.» Vor allem, weil die US-Kriegsmaschinerie seit Jahrzehnten auf Kredit funktioniert. «Die Vereinigten Staaten haben ihre militärischen Interventionen überwiegend über Schulden finanziert», heisst es im oben zitierten Infosperber-Beitrag.

Die Zerstörung der Soft Power

Ein Element, das für den Niedergang eines Landes nicht zu unterschätzen ist, ist der Verlust von Renommee. Daron Acemoglu, Professor für Volkswirtschaft am Massachusetts Institute of Technology (MIT) und Wirtschaftsnobelpreisträger des Jahres 2024, macht in einem Beitrag der «Finanz und Wirtschaft» vom 18. März 2026 auf diese weichen Faktoren aufmerksam. Er warnt vor der Zerstörung der Soft Power, also der Macht der Überzeugung und der Attraktivität eines Landes. Amerika sei darauf angewiesen, «um sein globales Bündnisnetzwerk zusammenzuhalten und andere davon zu überzeugen, dass seine Hegemonie wohlwollend ist und zur internationalen Stabilität und Vorhersehbarkeit beiträgt.» Das sei wichtig, «denn die meisten Menschen werden natürlich Einwände erheben, wenn sich die Hegemonialmacht wie ein Tyrann verhält. Häufige, unnötige Demonstrationen von Hard Power untergraben die Soft Power, insbesondere wenn einer Intervention eine schlüssige Rechtfertigung fehlt.»

Trumps impulsiver Krieg werde «die Soft Power der USA mit Sicherheit auf einen historischen Tiefpunkt bringen, und niemand in seiner Regierung kümmert sich darum, das Verlorene wieder aufzubauen. Weit davon entfernt, Soft Power zu schätzen, sieht dieses Weisse Haus Drohungen und bilaterale Absprachen

als Ersatz dafür an, die Herzen und die Köpfe ausländischer Staatschefs und der Öffentlichkeit zu gewinnen.»

Letzteres sind in der Tat Kategorien, die dem Trump-Regime vollkommen fremd sind.



Die Welt wird nach dem Krieg gegen den Iran nicht mehr dieselbe sein

uncut-news.ch, April 1, 2026

Die Analyse des Ökonomen Michael Hudson

In einem aktuellen Interview mit Glenn Diesen hat der renommierte US-Ökonom und Historiker Michael Hudson die dramatischen Folgen des Krieges gegen den Iran für die globale Wirtschaft analysiert. Hudson, bekannt für seine kritische Auseinandersetzung mit dem US-Imperialismus und der Finanzialisierung der Wirtschaft, beschreibt den Konflikt nicht als regionalen Krieg, sondern als einen Wendepunkt, der die Weltordnung unwiderruflich verändert. Energieversorgung, Düngemittel, Finanzsystem und geopolitische Allianzen geraten ins Wanken – eine Rückkehr zur alten Normalität ist ausgeschlossen.

Krieg um Ressourcen und globale Kontrolle

Michael Hudson sieht den Krieg gegen den Iran als Teil eines umfassenden US-Versuchs, die Kontrolle über die Weltwirtschaft durch die Beherrschung der Öl- und Rohstoffexporte zu sichern. Der Konflikt sei kein isolierter militärischer Einsatz, sondern ein «Weltkrieg II», weil Energie, Düngemittel und andere Exporte ölproduzierender Länder für die gesamte Welt lebenswichtig seien.

Die USA hätten bereits zuvor Venezuela angegriffen und dessen Präsidenten entführt, um das Öl unter eigene Kontrolle zu bringen. Nun gehe es um Iran: Das Ziel sei nicht die Verhinderung einer Atombombe – Iran strebe keine an –, sondern die vollständige Beherrschung der OPEC-Ölreserven.

Seit 2003 versuchten die USA, Irak, Syrien, Libyen und schliesslich Iran zu kontrollieren. Die Strasse von Hormus, durch die ein Grossteil des saudischen und OPEC-Öls fliesst, sollte zum Choke Point werden. Trump habe jedoch erkannt, dass eine militärische Besetzung der Inseln militärisch unhaltbar sei, und stattdessen direkt auf die Ölressourcen abgezielt.

Sanktionen als strategische Waffe

Hudson betont, dass die USA ihre Aussenpolitik bewusst auf die Fähigkeit stützen, Ölexporte weltweit abzuschneiden. Sanktionen gegen Iran, Venezuela und Russland dienen genau diesem Zweck: Nur Öl aus US-kontrollierten Quellen solle den Verbündeten zur Verfügung stehen.

Trump habe dies offen ausgesprochen – im Gegensatz zu früheren Präsidenten, die dieselbe Politik verfolgten, aber weniger direkt. Kein ehemaliger US-Präsident (Biden, Obama, Bush) habe Trump kritisiert.

Selbst europäische Führer applaudierten ihm rhetorisch, obwohl sie den USA den Luftraum verweigerten. Die Sanktionen blieben bestehen, und niemand klagte Trump als Kriegsverbrecher an. Dies zeige, wie tief die Abhängigkeit von der US-Dominanz in den Köpfen verankert sei.

Wirtschaftliche Folgen: Ein irreversibler Schock

Die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen seien katastrophal und irreversibel. Iran blockiere nicht nur Ölexporte vollständig, sondern auch Düngemittel und andere Rohstoffe.

Helium-Produktion sei durch Zerstörung der Anlagen unterbrochen, was bereits zu weltweiten Einschränkungen in der Medizintechnik führe. Obwohl Iran gegen Zahlung von zwei Millionen Dollar pro Schiff wieder begrenzte Ölexporte durch die Strasse von Hormus zulasse, bleibe der Export von Düngemitteln gesperrt.

Die Welt stehe kurz vor der Pflanzsaison – ohne Düngemittel drohten massive Ernteauffälle. Die Unterbrechung der Lieferketten für Öl, Gas, Ammoniak, Schwefel und Helium sei nicht rückgängig zu machen. Reparationen für die Schäden in Iran seien notwendig, doch niemand wisse, wer sie zahlen solle. Das Ergebnis: Die schwerste Depression seit den 1930er Jahren sei unvermeidbar, unabhängig davon, ob ein Waffenstillstand erreicht werde.

Die Börsenrallye in den USA – der Dow Jones stieg kurzzeitig um 1000 Punkte – sei reines Wunschdenken. Die Märkte ignorierten die Realität: Die Handlungen der USA und Israels seien irreversibel.

Das fragile US-Finanzsystem

Hudson erklärt detailliert, warum das US-Finanzsystem besonders verwundbar ist. Seit dem Hypotheken-Crash 2008 habe die Fed mit Nullzins-Politik die Banken gerettet, indem sie Kredite für Immobilien, Aktien und Anleihen vergünstigte.

Dies habe zu einer enormen Asset-Preis-Inflation geführt, während Reallöhne stagnierten und 40 Prozent der Amerikaner keine Ersparnisse besäßen.

Private-Equity-Firmen wie Blackstone hätten zu Billigzinsen Unternehmen aufgekauft, sie «financialisiert» und ausgeblutet, um Renditen zu maximieren. Das gesamte System sei ein Ponzi-Schema.

Nun stiegen die Zinsen – und das System breche zusammen. Die Kriegsfolgen verschärften dies: Unterbrochene Zahlungsströme führten zu Kreditausfällen. Die Schuldenpyramide kehre sich in eine Schrumpfung – eine klassische Depression.

Geopolitische Verschiebungen

Auch die Auswirkungen auf andere Grossmächte seien erheblich. Russland, China und Indien würden getroffen, aber anders als Europa.

Europa habe sich laut Hudson selbst isoliert, etwa durch den Verzicht auf russische Energie. Deutschland sei bereits ein warnendes Beispiel mit sinkendem BIP.

Die NATO und EU könnten unter diesem Druck zerbrechen: Regierungen müssten entweder massive Subventionen zahlen oder den Lebensstandard senken.

China fürchte um seine Energieversorgung, Indien müsse seine Strategie anpassen. Besonders hart treffe es den globalen Süden: Ohne Energie und Düngemittel drohten Hungersnöte, insbesondere in Afrika.

Das Ende der US-Hegemonie

Hudson beschreibt keinen langsamen Niedergang, sondern einen abrupten Bruch. Die USA hätten ihr eigenes Imperium durch aggressive Politik selbst destabilisiert.

Sanktionen, Kriege ohne Mandat und wirtschaftlicher Druck hätten das internationale System untergraben. Die Welt teile sich neu: Asien werde zum Zentrum, während Europa und die USA zurückfallen.

Internationale Institutionen wie IWF, Weltbank und UNO seien überholt. Neue Strukturen – eigene Währungen, Handelsregeln und Sicherheitsarchitekturen – würden notwendig.

Eine neue Weltordnung entsteht

Langfristig müsse die Welt lernen, sich unabhängig vom US-dominierten System zu machen. Selbstversorgung, neue Allianzen und alternative Finanzsysteme würden entscheidend.

Der globale Süden beginne zu erkennen, dass Abhängigkeit von westlichen Märkten gefährlich sei. Gleichzeitig verlagerten Konzerne ihre Aktivitäten, während neue Machtzentren entstehen.

Fazit: Eine Systemkrise ohne Rückkehr

Hudson zeichnet ein düsteres Bild: Der Krieg gegen den Iran habe die globalen Strukturen irreversibel beschädigt. Energiekrise, Finanzinstabilität und geopolitische Umbrüche seien unausweichlich.

Die Welt stehe vor einer grundlegenden Neuordnung.

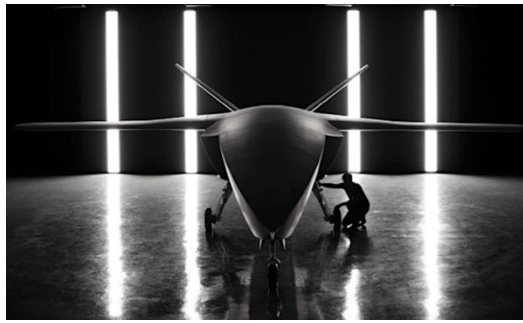
Ob daraus Stabilität entsteht oder Chaos, hängt davon ab, ob Staaten bereit sind, neue Systeme aufzubauen – statt an einer alten Ordnung festzuhalten, die bereits zerbrochen ist.

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-welt-wird-nach-dem-krieg-gegen-den-iran-nicht-mehr-dieselbe-sein/>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

26.3.2026

KI revolutioniert die Militärlogik – mit Folgen für Europa



Autonome unbemannte Kampfdrohne CA-1 Europa der bayrischen Firma Helsing © Helsing

KI-gestützte Waffen verschieben das bisherige Machtgefüge. Das verändert die Parameter für Verteidigung und Rüstungspolitik.

Hanna Muralt Müller

Red. Als Vizekanzlerin im Bundeshaus von 1991 bis 2005 leitete die Autorin verschiedene Digitalisierungsprojekte. Heute verfolgt Hanna Muralt Müller die Entwicklung der künstlichen Intelligenz in ihren Newslettern.

Die europäischen Staaten rüsten auf. Im Folgenden geht es nicht darum, ob das Aufrüsten sinnvoll ist, sondern darum, ob und wie es Europa gelingen könnte, im Machtpoker der Supermächte wieder eine Rolle zu spielen. In der neuen weltpolitischen Unordnung strebt die EU nach mehr Souveränität, auch im militärischen Bereich.

KI könnte Europa einen neuen Handlungsspielraum eröffnen. Denn die neue Technologie verändert die Militärtechnik rasant. Das verschafft Chancen, birgt aber auch Risiken.

Europas will mehr Souveränität – und beschafft sich trotzdem US-Waffen

Die Rüstungsanstrengungen der europäischen Staaten sind beachtlich. Die Verteidigungsausgaben der EU-Staaten stiegen seit 2020 um rund 60 Prozent auf rund 380 Milliarden Euro im Jahr 2025 an, insgesamt auf rund 2 Prozentpunkte des BIP. Trotz der Einsicht, dass sich Europa aus seiner völligen Abhängigkeit von den USA lösen sollte, wurden weiterhin US-Produkte – so der US-Kampffjet F-35 oder das US-Abwehrsystem Patriot – bestellt, weil sie im Wettbewerb obenauf schwangen. Die langjährige Beschaffungspolitik erfolgte im Vertrauen auf den Nato-Schutzschild und eine verlässliche Partnerschaft mit den USA.

Mit den jüngsten Entwicklungen ist dies Geschichte. Die europäische Rüstungspolitik muss sich neu ausrichten.

Europäische Rüstungsgiganten – die nicht kooperieren

In der EU sind die einzelnen Mitgliedstaaten für Verteidigung und Rüstung zuständig. Die EU-Organe können mit verschiedenen Instrumenten staatenübergreifende Kooperationen und gemeinsame Beschaffungen fördern. So kofinanziert der European Defense Fund mit einem Budget von 7,3 Milliarden Euro für die Jahre 2021–2027 grenzüberschreitende Projekte. Bereits im März 2025 wurde mit Readiness 2030 eine strategische Verteidigungsinitiative vorgestellt, die 800 Milliarden Euro mobilisieren soll.

Wünschenswert wäre eine innovationsfördernde Konkurrenz unter den Rüstungsgiganten. Vielfach setzt sich aber ein national begrenztes Denken und Handeln durch. Das zeigt sich gerade wieder beim deutsch-französischen Rüstungsprojekt, dem Future Combat Air System (FCAS). Der CEO von Dassault Aviation verärgert die Deutschen bei Airbus Defense and Space mit seinem Anspruch auf technische Führerschaft im Projekt. Mit Blick auf die sich mit KI verändernde Militärlogik wirkt die Entwicklung von Kampfflugzeugen ohnehin wie aus der Zeit gefallen.

Die Ukraine als Testlabor

Während die beiden Rüstungsgiganten ihre Zeit im Streit um den FCAS vergeudeten, entwickelte das Start-up Helsing in der Nähe von München die autonome Drohne CA-1. Helsing, erst 2021 gegründet, wurde dank seiner Lieferungen an die Ukraine zu einem der grössten Hersteller von Kampfdrohnen weltweit. Ein deutsches Start-up hat bei der Entwicklung der ukrainischen Abwehdrohnen geholfen.

Aufgrund der nicht immer nur positiven Rückmeldungen aus dem Kriegsgeschehen wurden die Drohnen in Zusammenarbeit mit ukrainischen Partnern laufend verbessert. KI macht diese Drohnen resistent gegen elektronische Kriegsführung. Die Steuerungssoftware ermöglicht es, die Drohnen zu Schwärmen zusammenzufassen, die von einem menschlichen Bediener kontrolliert werden.

Mit bescheidenen Mitteln musste die Ukraine Innovationen entwickeln, um im Krieg überleben zu können. Es gelang ihr, mit eigenen technischen Innovationen die gegnerischen Shahed-Drohnen erfolgreich abzuwehren, die Russland von Iran importiert. Not macht erfinderisch.

Im Irankrieg bezahlen die USA ein immenses Lehrgeld

Gemäss der US-Nachrichtenwebsite Axios vom März 2026 offerierte Selensky der US-Regierung die ukrainischen Abwehdrohnen bereits im August 2025, vorerst ohne Erfolg. Bereits die ersten Tage im Irankrieg kosteten die USA Milliarden Dollars, mit mässigem Erfolg. Sie mussten mangels Alternativen ihre sehr teuren Marschflugkörper gegen die massenhaft abgefeuerten Billigdrohnen der Iraner einsetzen. Jetzt erst interessierten sich die USA für das ukrainische Knowhow. Spezialisten bilden nun US-streitkräfte in der Golfregion aus.

Wiederum war es ein kleines Start-up, SpektreWorks in Arizona, das mit seiner Lucas-Drohne (Low-cost Uncrewed Combat Attack System) rasch die Shahed-Drohne kopierte, in die Produktion einstieg und diese nun verspätet liefern kann. Früher eingesetzt, hätte dies viel Geld gespart.

Veränderte Parameter im militärischen Machtpoker

Diese wenigen Beobachtungen zeigen neue Akzente bei den Parametern im militärischen Machtpoker:

- Die heutigen millionenschweren Hightech-Waffensysteme verlieren an Wirkungskraft. Teure Panzer können mit einer billigen Drohne zerstört werden. Kampffjets sind gegen Drohnenschwärme nicht wirksam. Zugespielt formuliert, wurden Panzer und Kampffjets auch schon als «Kavallerie des Drohnenzeitalters» bezeichnet (Zitat im Infosperber vom 15.12.2025).
- Die Gewichtung verschiebt sich immer mehr von der Hardware ins unsichtbare Feld der mit KI revolutionierten elektronischen Kriegsführung, des Cyberkriegs. Informations-, Kommunikations- und Signalsysteme (Satelliteninternet, Radar, GPS, KI-gestützte rasche Auswertung von Sensoren, Daten – das ganze elektromagnetische Spektrum) werden immer wichtiger, auch für den Einsatz klassischer Rüstungsgüter.
- Innovativer als die Rüstungskolosse sind junge agile Start-ups.

Diese Trends haben Folgen für die Verteidigungs- und die Rüstungspolitik:

- Nicht nur kapitalkräftige Staaten können bedrohliche Waffen entwickeln. Auch kleinere Staaten, auch nicht-staatliche Akteure, können billige KI-unterstützte Waffensysteme für Verteidigung oder Angriff einsetzen.
- Es wird für die etablierte Rüstungsindustrie diesseits und jenseits des Atlantiks schwieriger, mit bedrohlichen Kriegsszenarien ihr Rüstungsgeschäft anzukurbeln. Innovative Start-ups haben bewiesen, dass es weit kostengünstigere und äusserst wirksame Alternativen zu teuren Hightech-Produkten gibt.
- Die Rüstungsgiganten können zwar versuchen, diese Start-ups aufzukaufen und zu integrieren. Aber es braucht vermutlich in Zukunft weniger Kampfflugzeuge, allenfalls werden bemannte Flugzeuge zur Steuerung mehrerer Begleitdrohnen eingesetzt (sogenanntes Loyal-Wingman-Konzept).

Bestrebungen zur Regulierung von KI-Waffensystemen – bisher erfolglos

Diese Entwicklung birgt auch Risiken. KI in militärischen Konflikten wirft schwerwiegende ethische Fragen auf. Seit Jahrzehnten wird insbesondere ein Verbot autonomer Waffen mit tödlichen Konsequenzen diskutiert. Es gibt bereits Richtlinien der Nato, der EU, der Uno, wie aus einer Übersicht des Geneva Centre for Security Policy hervorgeht.

Doch bisher konnte kein Konsens erzielt werden, weil es schwierig ist zu definieren, ab welcher Stufe KI-Waffen als voll autonom gelten sollen. Es gibt unterschiedliche Autonomiegrade, wobei der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle spielt. Raketenabwehrsysteme müssen autonom agieren können, sonst sind sie zu langsam. Unter Zeitdruck kann auch bereits die nicht validierte Empfehlung eines Algorithmus tödliche Folgen nach sich ziehen. Neue Technologien – zum Beispiel Drohnenschwärme – führen laufend zu neuen Problemstellungen. Zweckmässige Regulierungen sind deshalb schwierig.

Diskutiert wird an den Summits on Responsible Artificial Intelligence in the Military Domain (REAM), die Regierungen, Industrie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen. Als Ergebnis des ersten Summits in Den Haag entstand unter der Regierung Biden eine Political Declaration, die von über 50 Staaten, darunter auch von der Schweiz, unterzeichnet wurde. Der dritte Summit fand im Februar 2026 in Spanien statt. Regelmässig werden im Rahmen der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen Treffen zum Thema tödlicher autonomer Waffensysteme organisiert (zuletzt im März 2026).

Eklat in den USA: Pentagon gegen Anthropic

Das rabiate Vorgehen des Pentagons gegen das US-Start-up Anthropic machte Schlagzeilen (siehe Infosperber vom 26.2.2026). Dario Amodei, CEO von Anthropic, lehnt zwar in seinem Statement vollautonome Waffen nicht generell ab. Er weigerte sich allerdings, sein Sprachmodell für unbeschränkte militärische Nutzung einzusetzen, weil dieses, obwohl vermutlich das beste, nicht sicher genug sei. Fehler könnten auch die eigenen US-Streitkräfte gefährden. Seine zweite Weigerung – kein Einsatz zur umfassenden Überwa-

chung – bezieht sich ausdrücklich nur auf US-Bürgerinnen und -Bürger, was in Europa harsche Reaktionen auslöste.

Dario Amodei gefährdet mit seinen Weigerungen sein Geschäft. Allerdings steht auch die Glaubwürdigkeit seines Unternehmens auf dem Spiel, und er weiss um die verbreitete kritische Stimmung in der US-Bevölkerung. Er verlangt seit längerer Zeit Regulierungen, nicht zuletzt auch wegen ungeklärter Haftungsfragen. Die Gesetzgebung halte nicht mit der technischen Entwicklung Schritt, weshalb er es ablehnt, dem Pentagon alles zu erlauben, was das Gesetz derzeit zulässt.

Inzwischen hat OpenAI, offenbar mit denselben Bedingungen wie Anthropic, einen Vertrag mit dem Pentagon abgeschlossen. Es ist nicht absehbar, wie der Streit enden wird.

Sprachmodelle bleiben fehlerhaft – auch bessere Modelle können nicht autonom agieren

Sowohl bei Anthropic wie bei OpenAI geht es um die militärische Nutzung von Sprachmodellen. Spezialisierte Start-ups glauben, effizientere KI-Anwendungen zu entwickeln. Hier zwei Beispiele:

Smack Technologies, das sich soeben in einer Finanzierungsrunde 32 Millionen Dollar sicherte, wird gemäss dem CEO und Mitbegründer Andy Markoff mit physischen Daten und vor allem mit Kriegsszenarien trainiert. Er und sein Mitbegründer, beide ehemalige kriegserprobte Militärs, zeigen sich überzeugt, dass reinen Sprachmodellen das Verständnis ihrer physischen Umwelt fehle, weshalb sie fehleranfällig bleiben. Im Übrigen führten Kriege stets zu unberechenbaren, chaotischen Entwicklungen, was den Einsatzbereich völlig autonomer Waffensysteme einschränke.

Das Start-up Scout AI entwickelt KI-Systeme, bei denen mehrere spezialisierte Agenten, insbesondere Drohnen, zusammenwirken. Diese sollen im Gefecht vor Ort Informationen verarbeiten können.

Wie Europas künftige Rüstungspolitik aussehen könnte

Europa will dank militärischer Macht jeglichen potenziellen Angreifer abschrecken können. Es geht auch darum, im Machtpoker der Supermächte Respekt zurückzugewinnen. Statt rückwärtsgerichtet auf teure High-Tech-Rüstungsgüter, schon gar nicht auf solche aus den USA, zu setzen, könnte sich Europa auf die von KI geprägte neue Logik mit der Nutzung des elektromagnetischen Spektrums fokussieren.

Hierfür gibt es bereits den Fachbegriff Spectrum Warfare. Es geht darum, mit KI die gegnerischen Aktivitäten zu erkennen, zu stören oder zu täuschen und gleichzeitig gegen entsprechende Angriffe widerstandsfähig zu sein. Wer mit störenden oder täuschenden Signalen die feindlichen Waffensysteme «blind», «taub» und orientierungslos macht, hat sie ausgeschaltet, ohne sie zerstören zu müssen.

Statt teurer Hightech-Waffensysteme könnten massenhaft produzierte, billige, aber schwer angreifbare Waffen in Netzwerken Europa wirkungsvoller verteidigen und grössere Abschreckung bewirken. Diese dezentrale, aber mit KI optimal koordinierbare Struktur passt ins EU-Staatengefüge. Sie würde Europa vor grosser Geldverschwendung bewahren (siehe Infosperber vom 19.3.2026).

Start-ups sind viel flexibler, dadurch auch viel innovativer als Rüstungskolosse. Ihnen gelingen vielfach technologische Durchbrüche, die sich meist auch für zivile, nicht nur für militärische Nutzungen eignen. Die Rüstungsinvestitionen sind vermutlich am besten in forschungsnahen Entwicklungen und in Start-ups zu tätigen.

Die Grossmächte – mit Ausnahme von China – sind gerade daran, mit klassischer Kriegsführung ihre Zukunft zu vermessen: Russland im Krieg gegen die Ukraine (siehe Infosperber vom 16.3.2026), die USA verpulvern Milliarden im Irankrieg und erhöhen massiv ihre schwindelerregenden Schuldenberge (siehe Infosperber vom 14.3.2026).

Europa kann einen anderen Weg gehen.

Europa mit dem nötigen Gewicht könnte Standards und Regulierungen durchsetzen

Ein Europa mit modernster KI-Infrastruktur auch im militärischen Bereich könnte sich die nötige Achtung im Machtpoker der Supermächte verschaffen. Dies würde es erleichtern, auch in der Frage der dringend nötigen Regulierung autonomer Waffen Fortschritte zu erzielen und Standards zu setzen.

Was möglich ist, müsste jedoch auch politisch gewollt und schrittweise und pragmatisch durchgesetzt werden.



Depositphotos

Der Raub Amerikas: Du bist kein Bürger – du bist eine Einnahmequelle für die Machtelite

John & Nisha Whitehead via LeeRockwell, uncutnews.ch, April 1, 2026

**«Es gibt keine Kunst, die eine Regierung schneller erlernt als die,
dem Volk das Geld aus der Tasche zu ziehen.»**

– Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*

Du bildest dir das nicht ein.

Alles kostet mehr. Alles wird überwacht.

Es fühlt sich so an, als wäre alles darauf ausgelegt, dir etwas wegzunehmen – Geld, Zeit, Freiheit.

Und genau das ist auch der Fall.

Die Regierung hat den Alltag zu einer Einnahmequelle gemacht – um endlose Kriege, aufgeblähte Behörden, Überwachungssysteme und gewinnorientierte Polizeiarbeit zu finanzieren ... alles auf Ihre Kosten.

Sie zahlen nicht nur Steuern. Sie zahlen dafür, überwacht zu werden. Sie zahlen dafür, kontrolliert zu werden.

Das ist keine Regierung. Das ist ein Geschäftsmodell.

Mittlerweile ist schmerzlich klar geworden, dass der einzige Wirtschaftsplan, den die Trump-Regierung vorantreibt, derjenige ist, der die Oligarchie auf Kosten aller anderen bereichert.

Wenn der neu getaufte «Krieg gegen die Verschwendung» der Regierung unter der Leitung von Vizepräsident J.D. Vance auch nur annähernd so verläuft wie ihre trügerisch vergeblichen früheren Bemühungen, den Sumpf trockenzulegen und mit DOGE ineffiziente Ausgaben zu kürzen, müssen wir damit rechnen, dass Korruption, Bestechung und Verschwendung zunehmen, während wichtige Programme, die den Steuerzahlern zugutekommen, gekürzt werden.

Das Ausmass an eigennütziger Korruption, Masslosigkeit und Exzessen der herrschenden Elite, während die Amerikaner darum kämpfen, über die Runden zu kommen, ist jenseits aller Vorstellungskraft.

Unter Präsident Trump fiel seine Vergoldung des Weissen Hauses mit dem Anbruch eines neuen, eigennützigen Zeitalters der Masslosigkeit für die amerikanische Oligarchie zusammen. Wie Debbie Millman für die «New York Times» schreibt: «Trump zeigt der Welt, dass seine Präsidentschaft ein Königshof ist, an den nur wenige Auserwählte eingeladen werden, um ihre Treue zu schwören ... Trump verwandelt die Präsidentenresidenz in einen Palast; unsere Demokratie ist nun ein Club nur für Mitglieder.»

Dies ist Donald Trumps «Sollen sie doch Kuchen essen»-Moment.

Allein in einem Jahr flossen Dutzende Millionen Dollar in die Wochenend-Golfausflüge des Präsidenten, während Regierungsbehörden abgebaut werden und Zehntausenden von Bundesangestellten ihre Stellen gestrichen werden. Laut dem Web-Tracker «Did Trump Golf Today?» hat Trump 23,5% seiner Amtszeit mit Golfspielen verbracht, was den Steuerzahler schätzungsweise 141 Millionen Dollar gekostet hat.

Zusätzliche 200 Milliarden Dollar an Verteidigungsmitteln, damit Pete Hegseth aus dem Krieg mit dem Iran ein Spiel machen kann. Mehr als 16 Milliarden Dollar wurden in den ersten 12 Tagen von Trumps Krieg gegen den Iran ausgegeben. Darin nicht enthalten sind die steigenden Kosten für Benzin und Konsumgüter oder die langfristigen Kosten für die Versorgung der Kriegsverletzten.

1 Milliarde Dollar an ein französisches Unternehmen, damit dieses zwei Windkraftprojekte vor den Küsten von North Carolina und New York nicht entwickelt.

14 Milliarden Dollar an Öleinnahmen für den Iran, um dessen Krieg gegen die USA zu finanzieren.

22 Millionen Dollar in einem Monat für Hummer und Ribeye-Steaks, damit das Verteidigungsministerium nicht riskieren muss, einen Teil seines von den Steuerzahlern finanzierten Budgets zu verlieren. 1,8 Millionen Dollar für Musikinstrumente, darunter ein «98'329 Dollar teurer Steinway & Sons-Flügel für das Haus

des Stabschefs der Luftwaffe, eine 26'000 Dollar teure Geige und eine 21'750 Dollar teure, massgefertigte, handgefertigte Flöte der japanischen Luxusmarke Muramatsu».

400 Millionen Dollar für einen 8361 Quadratmeter grossen Ballsaal, in den die meisten Steuerzahler niemals eingeladen werden.

75 bis 150 Millionen Dollar, um einen öffentlichen Golfplatz in der Hauptstadt der Nation in einen Meisterschaftsgolfplatz umzuwandeln.

100 Millionen Dollar für einen 76 Meter hohen «Arc de Trump» neben dem Arlington National Cemetery.

Mindestens 60 Millionen Dollar für eine UFC-Veranstaltung auf dem South Lawn des Weissen Hauses zur Feier von Donald Trumps 80. Geburtstag.

Während Mitglieder von Trumps engstem Kreis Hummer und Filet Mignon verspeisen, schlägt Robert F. Kennedy Jr. vor, dass Amerikaner, die mit den hohen Kosten für Rindfleisch zu kämpfen haben, stattdessen «billige Stücke» wie Leber kaufen und essen sollten.

Unterdessen muss der Rest des Landes die höheren Lebenshaltungskosten verkraften, die durch Trumps Zölle, die Inflation und eine Wirtschaftspolitik verursacht werden, die die vielen bestraft, um den wenigen zu nützen.

Die Behauptungen der Trump-Regierung, die Staatsausgaben drastisch zu kürzen, haben sich in jeder Hinsicht in noch höhere Kosten für den Steuerzahler niedergeschlagen, ohne dass dabei nennenswerte Ergebnisse erzielt wurden.

All diese Entlassungen bei DOGE mögen den Personalbestand des Bundes auf dem Papier verringert haben, doch in Wirklichkeit haben sie dazu geführt, dass die Steuerzahler nun die Kosten für Arbeitslosengeld statt für Gehälter tragen müssen.

Trump mag zwar die Aufsicht über polizeiliches Fehlverhalten aufgegeben haben – und damit Polizeigewalt faktisch grünes Licht gegeben haben –, doch die Steuerzahler werden weiterhin gezwungen sein, für jede Klage und jeden Vergleich zu zahlen, die bzw. der daraus folgt.

In den Augen von Trump und seinen Gefolgsleuten sind Sie kein Bürger – Sie sind eine Einnahmequelle, und die Regierung schlägt Kapital daraus.

Nennen Sie es, wie Sie wollen – Steuern, Strafen, Gebühren, Bussgelder, Vorschriften, Zölle, Strafzettel, Genehmigungen, Zuschläge, Mautgebühren, Vermögensbeschlagnahmungen –, aber das einzige Wort, das die ständige Ausbeutung des amerikanischen Steuerzahlers durch die Regierung und ihre Unternehmenspartner wirklich beschreibt, ist dieses: Diebstahl.

Wir leben in einem verkehrten Sherwood-Wald, in dem die Regierung und ihre Verbündeten aus der Wirtschaft nicht von den Reichen stehlen, um die Armen zu ernähren – sie stehlen von den Armen, der Mittelschicht und jedem, der keine politischen Verbindungen hat, um die Mächtigen weiter zu bereichern.

Das Ergebnis ist ebenso vorhersehbar wie verheerend: Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher, und der amerikanische Traum ist einem Überwachungsstaat gewichen, der durch endlose Kriege, erdrückende Schulden und legalisierte Plünderung gestützt wird.

Was die Amerikaner immer noch nicht begreifen, ist Folgendes: Wenn die Regierung dir nach Belieben dein Eigentum, dein Einkommen, deine Privatsphäre und deine Freiheit nehmen kann, hast du keine Rechte – du hast Privilegien.

Und Privilegien können widerrufen werden.

Beim amerikanischen Polizeistaat mit seinen Überwachungskameras, militarisierten Polizeikräften, SWAT-Einsätzen, Fusionszentren, Drohnen, KI-Tracking-Systemen, Algorithmen zur prädiktiven Polizeiarbeit, Vermögensbeschlagnahmungsprogrammen und privatisierten Gefängnissen geht es nicht darum, Ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Es geht um Profit.

Es ist ein weitverzweigtes, mehrere Billionen Dollar schweres Ökosystem, das darauf ausgelegt ist, Geld von den Steuerzahlern über Regierungsbehörden in die Hände von Unternehmen zu leiten – alles unter den sich ständig wandelnden Rechtfertigungen von «Sicherheit», «Recht und Ordnung» und «nationalem Notstand».

Die Rechtfertigungen ändern sich nie.

Uns wird gesagt, es gehe um Terrorismus, Drogen, Einwanderung, öffentliche Sicherheit oder zivile Unruhen. Heute wurden diese Rechtfertigungen einfach erweitert und umfassen nun künstliche Intelligenz, ausländische Gegner, inländischen Extremismus und einen permanenten Kriegszustand im Ausland.

Aber das sind nur Vorwände.

Das wahre Motiv ist seit Jahrzehnten dasselbe geblieben: die Bevölkerung kontrollieren, das System monetarisieren und den Geldfluss nach oben aufrechterhalten.

Folgen Sie dem Geld, und die Wahrheit lässt sich nicht mehr ignorieren: Die Regierung dient Ihnen nicht. Sie stellt Ihnen Rechnungen.

Die Bundesregierung steuert nun auf jährliche Militärausgaben von 1,5 Billionen Dollar zu – eine erschütternde Eskalation, die die Staatsverschuldung im kommenden Jahrzehnt um weitere Billionen erhöhen

wird. Gleichzeitig steckt die Trump-Regierung Hunderte von Milliarden mehr in einen sich ausweitenden Konflikt mit dem Iran, wo die Kosten des Krieges nicht nur in verlorenen Menschenleben gemessen werden, sondern auch in Steuergeldern, die direkt in die Kassen der Rüstungskonzerne fließen.

Im Inland hat sich die Polizeiarbeit zu einer eigenständigen Milliardenindustrie entwickelt. Bundes-, Landes- und Kommunalregierungen geben jährlich mehr als 80 Milliarden Dollar für Polizeiarbeit aus, wobei ein Grossteil davon dazu verwendet wird, zivile Polizeikräfte in paramilitärische Einheiten umzuwandeln, die mit Kriegswaffen und Überwachungstechnologie ausgerüstet sind.

Das Strafvollzugssystem fungiert weiterhin als Profitmaschine: Es verschlingt jährlich mehr als 100 Milliarden Dollar, während es fast 2 Millionen Menschen in Haft hält und Millionen weitere unter staatliche Aufsicht stellt. Die Inhaftierung einer einzigen Person – darunter viele nicht gewalttätige Straftäter – kostet die Steuerzahler jedes Jahr Zehntausende von Dollar, während private Gefängnis-Konzerne von einem System profitieren, das darauf ausgelegt ist, die Zellen voll zu halten.

Durch die zivilrechtliche Einziehung beschlagnahmten Strafverfolgungsbehörden Milliarden von Dollar an Bargeld, Autos und Eigentum, oft ohne den Eigentümer jemals einer Straftat anzuklagen, was einen perversen Anreiz für die Polizei schafft, eher auf Profit als auf Gerechtigkeit zu achten.

Das Ministerium für Innere Sicherheit, das der Öffentlichkeit einst als vorübergehende Schutzmassnahme verkauft wurde, ist zu einem festen Bestandteil der amerikanischen Landschaft geworden, verschlingt jährlich mehr als 100 Milliarden Dollar und dehnt seinen Einfluss auf jeden Winkel des innerstaatlichen Lebens aus.

Die Einwanderungskontrolle hat sich zu einer ausufernden Inhaftierungs- und Abschiebungsmaschinerie entwickelt, die mit Dutzenden von Milliarden an Steuergeldern betrieben wird und zunehmend nicht nur undokumentierte Einwanderer ins Visier nimmt, sondern auch legale Einwohner und Personen, deren einziges Vergehen darin besteht, eine andere Meinung zu vertreten.

Hinzu kommt ein sich rasch ausweitendes digitales Raster, in dem Regierungsbehörden mit privaten Technologieunternehmen zusammenarbeiten, um Systeme künstlicher Intelligenz einzusetzen, die menschliches Verhalten verfolgen, vorhersagen und katalogisieren können, wodurch der Alltag in eine Reihe von Datenpunkten verwandelt wird, die überwacht, analysiert und kontrolliert werden.

Sogar Kommunalverwaltungen wurden in dieses System hineingezogen und generieren Milliarden durch Bussgelder, Gebühren, Verkehrskameras und automatisierte Überwachungssysteme, die unverhältnismässig stark diejenigen treffen, die am wenigsten zahlen können, und so gewöhnliche Bürger zu Einnahmequellen machen.

Das ist kein Zufall. Es ist ein Geschäftsmodell.

Dieselbe Regierung, die behauptet, sie könne sich Gesundheitsversorgung, Bildung oder Wohnraum nicht leisten, findet irgendwie immer unbegrenzte Mittel für den Krieg. Wie Präsident Eisenhower warnte, lebt der militärisch-industrielle Komplex von Konflikten, und heute ist diese Maschinerie sowohl global als auch dauerhaft geworden.

Die Kriege enden nicht.

Die Ausgaben hören nicht auf.

Und die Rechnung wird immer dem amerikanischen Steuerzahler präsentiert.

Jede Bombe, die fällt, jede abgefeuerte Rakete, jeder durchgeführte Drohnenangriff hat seinen Preis, und auf diesem Preis steht Ihr Name.

Im Inland ist die Logik nicht anders.

Die Polizeiarbeit hat sich weg vom Schutz der Gemeinschaften und hin zur Kontrolle der Bevölkerung verlagert, insbesondere jener, die als unbequem, unerwünscht oder entbehrlich gelten. SWAT-Einsätze werden bei geringfügigen Vergehen durchgeführt, prädiktive Polizeiprogramme zielen auf Personen ab, bevor überhaupt ein Verbrechen begangen wurde, und Überwachungstechnologien werden eingesetzt, um Aktivisten, Journalisten und politische Dissidenten zu überwachen.

Armut selbst wurde kriminalisiert: Menschen werden wegen geringfügiger Verstösse mit Geldstrafen belegt, mit Bussgeldern belegt und inhaftiert, während Obdachlosigkeit nicht als gesellschaftliches Versagen, sondern als Gelegenheit zur Strafverfolgung behandelt wird.

Sogar die Schulen des Landes wurden in diesen Kreislauf eingebunden, wo Null-Toleranz-Richtlinien und die Ahndung von Schulschwänzen Kinder schon in jungen Jahren in das Strafrechtssystem leiten.

Was heute als Strafverfolgung gilt, ist zunehmend nicht mehr von der Eintreibung von Einnahmen zu unterscheiden.

Nichts davon geschieht isoliert.

Die amerikanische Wirtschaft ist tief in jeden Aspekt dieses Systems eingebettet. Rüstungsunternehmen profitieren vom Krieg. Technologieunternehmen profitieren von der Überwachung. Private Gefängnis-Konzerne profitieren von der Inhaftierung. Datenbroker profitieren vom Sammeln und Verkaufen Ihrer persönlichen Daten. Finanzinstitute profitieren von der ständig wachsenden Staatsverschuldung.

Selbst Gefängnisarbeit, für die nur ein Bruchteil des üblichen Lohns gezahlt wird, fliesst direkt in die Lieferketten der Unternehmen ein und schafft damit einen weiteren Anreiz, das System auf Hochtouren laufen zu lassen.

Wenn staatliche Macht und Unternehmensgewinne auf diese Weise miteinander verflochten sind, wird die Verfassung zur Option und Profit zur Politik.

In dieser neuen Wirtschaft bist du nicht mehr nur ein Bürger.

Du bist eine Einnahmequelle, ein Datenpunkt, ein potenzieller Verdächtiger und ein zu verwaltender Körper. Ob durch Steuern, Bussgelder, Überwachung oder Zwangsarbeit – das System ist darauf ausgelegt, in jeder Phase Ihres Lebens Wert aus Ihnen zu schöpfen.

Und wenn man alles zusammenrechnet, sind die Kosten nicht nur finanzieller Natur – sie sind verfassungsrechtlicher Natur.

Jeder Dollar, der in diese Maschinerie fliesst, geht auf Kosten Ihrer Privatsphäre, Ihres Eigentums, Ihrer Rechte auf ein ordnungsgemässes Verfahren, Ihrer Bewegungsfreiheit und Ihrer Meinungsfreiheit.

Wie ich in «Battlefield America: The War on the American People» und dessen fiktionalem Pendant «The Erik Blair Diaries» deutlich mache, lautet das eigentliche Fazit: Sie bezahlen für die Aushöhlung Ihrer eigenen Freiheiten.

Wenn dieses System ungehindert weiterbesteht, nimmt die Zukunft bereits Gestalt an – eine Nation, in der alles überwacht, alles monetarisiert und nichts wirklich frei ist.

Die Lösung liegt nicht in mehr Geld, mehr Überwachung oder mehr Durchsetzung.

Es ist das Gegenteil.

Es ist an der Zeit, dem Polizeistaat die Mittel zu entziehen, die Gewinnanreize abzubauen, die verfassungsmässigen Grenzen wiederherzustellen und die Macht – und die Ressourcen – an das Volk zurückzugeben.

Denn solange das nicht geschieht, wird der Diebstahl weitergehen.

Und die einzige Frage, die dann noch bleibt, wird sein: Wie viel gibt es noch zu stehlen?

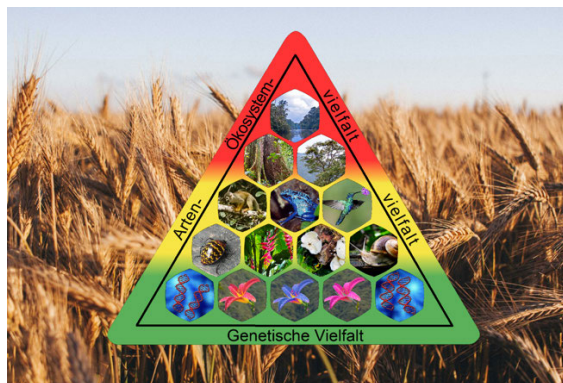
Quelle: The Stealing of America: You're Not a Citizen—You're a Revenue Stream for the Power Elite

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-raub-amerikas-du-bist-kein-buerger-du-bist-eine-einnahmequelle-fuer-die-machtelite/>

Anmerkung: Anzunehmen, dass das im Artikel Beanstandete nur die amerikanische Bevölkerung betrifft wäre mehr als nur naiv. Es betrifft alle Bevölkerungen aller Länder – weltweit!

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

26.3.2026



Der Einfluss der Artenvielfalt auf die globale Wirtschaft wird drastisch unterschätzt.

© IPBES/Tomasz Filipek, Unsplash

Weltbiodiversitätsrat gibt Unternehmen 100 Ratschläge

Die biologische Vielfalt beeinflusst jedes Unternehmen – ob es naturnah wirtschaftet oder nicht, warnt Ipbes.

Daniela Gschwend

«Alle Unternehmen sind von biologischer Vielfalt abhängig», stellt der Weltbiodiversitätsrat (Ipbes) in seinem Anfang Februar verabschiedeten Bericht «Business and Biodiversity» fest – auch solche, bei denen das nicht auf den ersten Blick so scheint. Wir erleben ein beispielloses Artensterben, das kein Unternehmen unberührt lässt.

Gesunde Natur ist die Grundlage jeder Wirtschaft. Angefangen bei fruchtbaren Böden, ausreichend sauberem Wasser und stabilen natürlichen Rahmenbedingungen. Die Natur sei immer der erste und beste Lieferant, schreibt Veronica Veneziano von der Biodiversity in Good Initiative in einem Gastkommentar zum Bericht. Die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) hänge von der biologischen Vielfalt ab.

Nachhaltig werden oder aussterben

«Entweder Unternehmen werden nachhaltiger, oder sie riskieren ihr eigenes Aussterben», sagt Matt Jones, einer der drei Co-Vorsitzenden des Ipbes-Berichts, gegenüber der «Süddeutschen Zeitung». Das Problem: Kurzfristig belohne der Markt Handeln gegen die Interessen der Natur. Was sich für Unternehmen finanziell lohnt, schadet der Artenvielfalt. Langfristig bedrohen sie sich damit selbst.

Es gebe zu viele Anreize, dieses «Business as usual» beizubehalten. Andererseits trage auch jedes Unternehmen eine Verantwortung, die es wahrnehmen könne, um die biologische Vielfalt – und damit sich selbst – zu schützen.

Der Bericht, an dem 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler drei Jahre gearbeitet haben, liefert 100 konkrete Handlungsempfehlungen. Sie reichen von Selbstverständlichem – Umweltgesetze einhalten, ambitionierte Biodiversitätsziele festlegen, Risiken, Kosten und Nutzen der Biodiversität in die Kostenplanung einschliessen – bis zu Konkretem: Monitoring-Programme aufsetzen, Lieferketten überprüfen, den Lebenszyklus jedes Produkts nachvollziehen, Partnerschaften mit Forschenden und indigenen Organisationen pflegen.

Die meisten Methoden dafür seien verfügbar und erprobt. Dennoch erfassten oder publizierten weniger als ein Prozent der Unternehmen eine Einschätzung ihrer Wirkung auf die Biodiversität. Oder breiter gefasst: Auf die Natur. So drückt es Ximena Rueda aus, die zweite der drei Vorsitzenden.

Das klingt nach viel Arbeit oder besser: hohen Kosten. Wer tut so etwas? Vor allem, wenn er der Erste damit ist und das einen Wettbewerbsnachteil bedeutet? Für die Autorinnen und Autoren des Berichts ist diese Frage klar beantwortbar: Jedes Unternehmen, das überleben will. Oder überhaupt jedes Unternehmen. Eine der zehn Kernaussagen des Berichts lautet: «Alle Unternehmen haben Verantwortung, sich mit ihren Auswirkungen und Abhängigkeiten auseinanderzusetzen.»

Was bisher nicht funktioniert hat

Freiwillige Selbstverpflichtungen, nicht messbare Industrieinitiativen, Ausgleichsmassnahmen ohne echte Schadensreduktion – Jones zählt gegenüber der «Süddeutschen» klar auf, welche Massnahmen bisher gescheitert sind.

Diese Ausführung macht auch deutlich: Es braucht rechtliche und politische Rahmenbedingungen, etwa Berichtspflichten, Kontrollen und verbindliche gesetzliche Anforderungen. Ansätze, die zum Beispiel das jüngst abgeschwächte deutsche Lieferkettengesetz oder die Umweltgesetzgebung verschiedener Länder verfolgen.

Das grösste Hindernis bleibt die Subventionspolitik: 2023 flossen laut den Autoren und Autorinnen 7,3 Billionen Dollar in ökologisch schädliche Aktivitäten, ein Drittel davon öffentliche Gelder – aber nur 220 Millionen Dollar in den Schutz der Artenvielfalt.

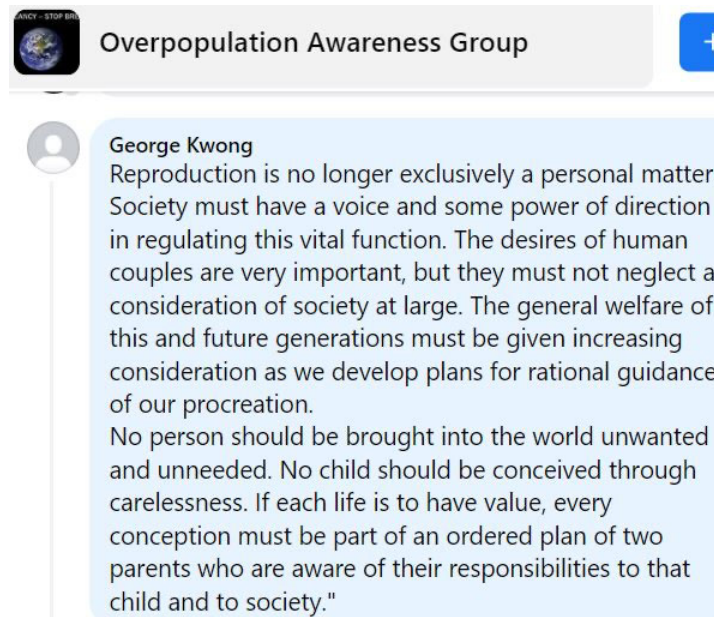
Würden Umweltkosten konsequent eingepreist – etwa über eine Biodiversitätsabgabe analog zur CO₂-Bepreisung – könnte sich vieles ändern. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt zum Beispiel das Konzept «Wahre Preise», True Costs oder TCA (True Cost Accounting).

Biodiversitätsverlust als Sicherheitsrisiko

Dass es sich dabei nicht um akademische Wunschvorstellungen handelt, zeigt ein Bericht, den das britische Umwelt- und Landwirtschaftsministerium (Defra) im Januar veröffentlichte. «Neben dem Klimawandel gehört der Biodiversitätsverlust zu den grössten mittel- bis langfristigen Risiken für die heimische Lebensmittelproduktion» heisst es in dem Bericht, und an dem auch Geheimdienste beteiligt waren. Das Vereinigte Königreich sei abhängig von Lebens- und Düngemitteln, die es auf globalen Märkten kaufe. Obst, Gemüse und Zucker würden teilweise importiert, die Tierhaltung sei auf Sojafutter aus Südamerika angewiesen.

Ein Schub in der Umweltzerstörung würde demnach die Ernährungssicherheit gefährden. Armut und Migration würden zunehmen, die organisierte Kriminalität könnte die Situation nutzen. Sowohl innerstaatliche wie globale Konflikte würden wahrscheinlicher. Grossbritannien hat die schwindende Artenvielfalt als Gefahr für die nationale Sicherheit eingestuft.

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment

**KAMPF GEGEN ÜBERBEVÖLKERUNG
 FIGHT AGAINST OVERPOPULATION**

Symbol Überbevölkerung/Overpopulation

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel, +41 (0)52 385 13 10

Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach außen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



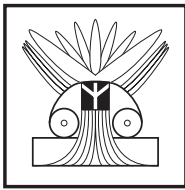
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol zu umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen

bestimmten Zustand oder Umstand (beschreibt), den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol (Tod, Todesexistenz) beinhaltet das Symbol (Frieden) eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

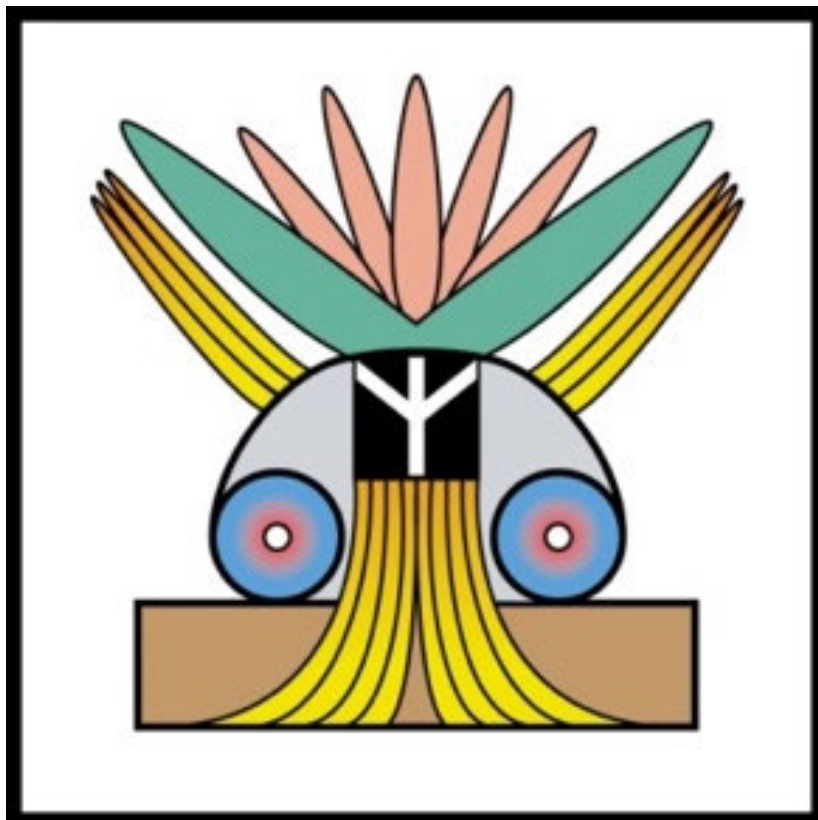
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol (Frieden)

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ



EIPHNH
VREDE
平和
שרום
शांति
سلام
صلح

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrunen>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.

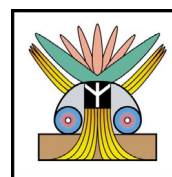
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleeber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geistesleifre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz